

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Postverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge für die einflussreiche Coloniezeitung oder deren Raum 25 Pfennige für Arbeitsmarkt, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 15 Pfennige. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 170.

Breslau, Sonntag, den 23. Juli 1911

22. Jahrgang.

### Parteienoffen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

**Sonntag, den 10. September, abends 7 Uhr.**

nach dem „Volkshaus“ in Jena, Karl Zeisplatz, ein. An die 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konfirmierung des Parteitages, die Festlegung der Geschäfts- und Tages-Ordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokale statt.

Verlässliche Tagesordnung ist festgelegt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter G. Müller, F. Ebert.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter M. Kadon.
3. Parlauntarischer Bericht. Berichterstatter M. G. e. t.
4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter Hermann Wolfenbühler.
5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. B. e. l.
6. Die Waisener. Berichterstatter W. Pfannk. ch.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Stütz, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll. Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 1. August im Besitz des Parteivorstandes, Adresse:

**W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3**

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa feigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Genossen haben das recht, ihre Anträge auf dem Parteitage selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzutellen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

**H. Weber, Jena, Magdelsberg 3.**

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

**W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3** versandt.

Vor dem Parteitage findet am 8. und 9. September im „Gewerkschaftshaus“ zu Jena, Johannisplatz 14, eine

### Sozialdemokratische Frauenkonferenz

statt. — Die vorläufige Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus.
  - a) Agitation, b) Frauentag, c) Die Kinderbesch.-Kommissionen.Berichterstatterin: L. Ziehl.
- d) Die Lesabende, e) Die Beschwerdekommisionen. Berichterstatterin: D. Paader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: R. Zeilin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: H. Weyl.

Zur Teilnahme sind die Parteitagebelegierten berechtigt, die im Mandat zur Frauenkonferenz haben. Der Frauenkonferenz geht am Donnerstag abend 8 Uhr eine geschlossene Sitzung im gleichen Saale voraus.

Mit sozialistischen Grüßen  
Der Parteivorstand.

### Die Abschaffung der Feiertage.

Zur rechten Stunde hat der Papst seine neue Botenschaft verkündet. Gerade jetzt gehen die Reichen hinaus in die Berge, an die Seen, an das Meer. Die Arbeiter aber bleiben zurück in dem Staub, in der Hitze der Großstadt. Für sie gibt es keine Ferien. Tag für Tag gehen sie in der Sonnenglut in die Fabrik. Die armen Menschen, die in den Eisenwerken fronen, müssen auch in der Sommerhitze Tag für Tag an der Glut des Feuers stehen. Junge Männer und Frauen, den Keim der tödlichen Krankheit in der Brust, können nicht in den Bergen oder am Meere Heilung finden. Die armen Kinder müssen ihre Schulferien auf dem heißen Straßenpflaster der Großstadt, in den dumpfen Kammern der Mietskasernen verbringen; während mühsige Reiche in den Kurorten und Sommerfrischen sich erholen. Gerade in diesen Tagen

fühlt es jeder Arbeiter, der die mit Gepäd überladenen Wagen zu den Bahnhöfen hinausfahren sieht, was es bedeutet, ein Leben ohne Urlaub, ohne Ferien führen zu müssen. Und gerade in diesen Tagen verkündet der geistliche Herrscher den Gläubigen, daß er beschloffen habe, nun auch noch die Feiertage abzuschaffen. Ihr habt bisher wenigstens Weihnachten, Ostern und Pfingsten zwei Tage nach einander Eurer Familie widmen, zwei Tage nacheinander ausruhen, in freier Luft, in Gottes schöner Natur Erholung suchen können? Das gibt es nun nicht mehr! Der Ostersonntag sei Euch gewidmet; am Montag geht wieder in die Fabrik! Familie, Erholung, Natur — das ist für die Reichen da. Eure Stelle ist bei den Maschinen!

Es erscheint uns allen heute ganz selbstverständlich, daß jeder arbeitsfähige Mensch, dem nicht der Zufall der Geburt reiche Schätze in die Wiege gelegt, tagaus, tag-ein, im Sommer wie im Winter, bei Regen und bei Sonnenschein arbeiten muß. In jedem Einzelnen folgt für die Masse der Menschen ein Arbeitstag dem anderen und wie alle meinen, es müsse so sein und sei immer so gewesen. Über die Geschichte widerlegt diese Meinung. Der Handwerksmeister der mittelalterlichen Stadt, der Bauer, der am Fuße der Mitterburg angeheftet war, selbst der Sklave des Altertums hat nicht, wie wir es heute tun, dreihundert Tage im Jahre gearbeitet. Denn das Arbeitsjahr schloß in früherer Zeit viel mehr arbeitsfreie Tage ein als heute. Die Mehrzahl der Menschen war ja mit dem Ackerbau beschäftigt. Die Arbeit des Ackerbauers aber ist an natürliche Schranken gebunden. Sie drängt sich in der Zeit der Saat und der Ernte zusammen. In den langen Wintermonaten gönnt sie den Menschen Ruhe. Wohl gibt es auch im Winter im Bauernhause viel zu schaffen. Aber der Arbeitsbedarf ist nicht so groß, daß sich der Bauer nicht manchen frohen, arbeitslosen Tag gönnen könnte. Darum war der Bauernkalender stets voll froher Feste. Und auch die Städte genossen froh zahlreiche Feiertage. In der Ruhe zahlreicher Feiertage gewann der menschliche Körper die Kräfte wieder, die die Arbeit des Werktags aufgezehrt hatte. In Stadt und Land lebte ein starkes, lebensfrohes Geschlecht.

Dann aber brach der Kapitalismus über die Menschheit herein. Das Kapital kennt nur ein Ziel: möglichst viel Arbeit aus seinen Lohnsklaven herauszupressen. Für das Kapital, sagt Marx, versteht es sich von selbst, daß der Arbeiter seinen ganzen Lebenszeit durch nichts ist außer Arbeitskraft, daß daher alle seine verfügbare Zeit von Natur und Rechts wegen Arbeitszeit ist. Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geistlichem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebenskräfte, selbst die Feiertage des Sonntags — reiner Festsatz! In seinem maßlos blinden Triebe, in seinem Verwahrlosungs- und Mehrarbeit überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstages. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erheischt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenschein. Den gesunden Schlaf zur Sammlung, Erneuerung und Erfrischung der Lebenskraft reduziert es auf so viel Stunden Esstarrung, als die Wiederbelebung eines absolut erschöpften Organismus unentbehrlich macht. Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum an Arbeitskraft, das flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dieses Ziel durch Verkürzung der Lebensdauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Verarmung der Bodenfruchtbarkeit erreicht. Dieses Ziel zu erreichen, hat das Kapital nicht nur die tägliche Arbeitsdauer verlängert, es hat auch die Zahl der Arbeitstage vermehrt. Die alten Bauernfeiertage mußten verschwinden, das ganze Leben des Arbeiters wurde zu einem einzigen, durch wenige kurze Pausen unterbrochenen Arbeitstage.

Die Volksmasse hat sich freilich ihre Feiertage nicht so leicht rauben lassen. Volkstümlich, von der Religion geweiht, heiligsten ja die gewohnten arbeitsfreien Tage. Aber der Kapitalismus hat dieses Hindernis allmählich zu beseitigen gewußt: Zunächst bot ihm die Spaltung der Kirche dazu die erwünschte Gelegenheit. „Der Protestantismus“, sagt Marx, „spielt schon durch seine Verwandlung fast aller traditionellen Feiertage in Werktage eine wichtige Rolle in der Genesis des Kapitals“. Schwerer ging es in den katholischen Ländern und Provinzen, wie zum Beispiel in Oberschlesien. Aber auch hier wurden die meisten Feiertage durch Staatsgebot und unter Duldung der Kirche allmählich ausgemergelt. Nur wenige, an denen die Kirche festhielt, blieben übrig. Dennoch war die Zahl der Feiertage in katholischen Ländern bis nun immer noch etwas größer als in protestantischen. Mit Reich haben die Kapitalisten in die protestantischen Gebiete hinüber, wo die Essen lustig dampften, während hier, nach der Kirche Gebot, die Arbeit ruhen mußte.

Aber die katholische Gewalt wollte dem Protestantismus den Ruhm nicht gönnen, daß er dem Verwahrlosungs- und Mehrarbeit weniger Schranken setzte als sie. Hat

sie bis heute noch ein letztes Stückchen menschlicher Freiheit gegen die Gier des Kapitals verteidigt, so wirft sie nun auch diesen Brocken der hungrigen Bestie zum Fraße hin. Ein Papst hebt die Feiertage auf. Er cathedra kündigt er den Kapitalisten: Wir wollen Euch nicht länger hindern, auch Maria Lichtmeß und Maria Verkündigung, Fronleichnam und Maria Himmelfahrt, Maria Geburt und am zweiten Weihnachtstag, Ostern und Pfingsten aus Euren Lohnnechten Mehrwert herauszupressen. Seht, Kapitalisten aller Länder, wie die Kirche für Euch sorgt! Wir beseitigen die Feiertage noch gründlicher, als es die Konkurrenz, der Protestantismus, je getan hat! Eure Arbeiter treiben wir in die Fabriken!

Muß es so sein? In der Nähe von Liverpool, an Englands Küste, gibt es ein Seebad. Blackpool ist sein Name. Wer es besucht, sieht auf den ersten Blick, daß dieses Seebad von anderen Menschen beböhrt ist, als die anderen Bäder, in denen reiche Proben die Sommertage verbringen. Blackpool ist das Seebad der Arbeiter von Lancashire. Dort verbringen die Weber und Spinner des großen Textilindustriegebietes ihre Ferien. Denn jeder englische Textilarbeiter hat Anspruch auf eine Woche Urlaub in jedem Sommer. Nicht das Gesetz des Staates, nicht das Gebot der Kirche hat den englischen Arbeiter dieses Recht gegeben. Die Kraft ihrer Gewerkschaft hat es ihnen erritten. Im Streit ward es erobert und in den Tarifverträgen ist es festgelegt. Blackpool zeigt uns, was wir können, wenn wir nur wollen. Auf die kirchliche Macht dürfen wir nicht unsere Hoffnung setzen; wie alle anderen Mächte unserer Zeit dient auch sie nur dem Kapital. Was wir haben wollen, müssen wir uns selbst erringen aus eigener Kraft. Der Papst streicht die alten Kirchenfeste aus dem Kalender der Christenheit. Neue Feste werden die organisierte Kraft der Arbeiterklasse ums erringen. Den Montag haben wir selbst zum Feiertag erhoben und kein Papst wird diesen Feiertag abschaffen können. Eine Matenwoche in jedem Jahr wird das Ziel kommender Kämpfe sein.

### Politische Uebersicht.

#### Der vierte Kandidat für Düsseldorf.

Der konservative Provinzialverein in Düsseldorf hat ein gemeinsames Vorgehen aller rechtsstehenden Parteien bei der Reichstagsersatzwahl angeregt. Es haben Besprechungen stattgefunden, und es ist sicher, daß ein Kandidat der rechtsstehenden Parteien als Zählkandidat aufgestellt wird. Konservative, Freikonservative, Bund der Landwirte, Deutschsoziale, Evangelischer Volksverein gehen zusammen und werden sich auf einen Kandidaten einigen, um den Sieg des Sozialdemokraten in Düsseldorf zu verhindern. Dieser Entschluß ist also als Gegenzug gegen die Breitscheidkandidatur gedacht und die Nationalliberalen, die sich nicht beteiligen wollen, sind nun erst recht die Gelächerte.

Der bekannte Berliner Politiker Dr. Breitscheid hat die Kandidatur der Demokratischen Vereinigung für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf übernommen. Der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung, der gestern in Berlin tagte, hat dazu folgenden Beschluß angenommen:

„Der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung begrüßt mit Beugung den Beschluß des Demokratischen Vereins Düsseldorf, für die Reichstagsersatzwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Gegenüber dem kläglichen Verzicht der Liberalen Vereinigung auf eine eigene Kandidatur genügt die negative Wahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei nicht, um erhebliche Teile des Bürgertums und der nichtsozialdemokratischen Arbeiterklasse gegen die Reaktion zusammenzuführen. Nur der aktive Eintritt aller freiheitlichen Elemente in den Wahlkampf wird dem Zentrum den Wahlsitz entziehen. Der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung wird den Düsseldorfer Demokratischen Verein in diesem Wahlkampf schon um seiner prinzipiellen Bedeutung willen mit aller Kraft unterstützen; er fordert alle Gegner des reaktionären Regiments in Düsseldorf und im Reich zur wirksamen Förderung der demokratischen Kandidatur auf.“

#### Der Krieg mit Baden.

Die Clique Lobfächtiger, die in der Berliner „Post“ ihre Sprachrohr gefunden hat, will durchaus ihren kleinen Krieg haben. Und da es sonst mit Frankreich am Ende doch wieder nichts werden könnte, sucht ihr expansiver Betätigungsdrang zunächst nach anderen Gebieten, auf denen er sich gehörig austoben kann. Seit ein paar Tagen wird in dem genannten alldeutschen Schanzschloß in einer Weise gegen die badische Regierung gehetzt, daß selbst seine nächsten Gesinnungsgenossen, wie die „Samburger Nachrichten“ und die „Deutsche Tageszeitung“, sich genötigt sehen, solche abzuweiden. Aber unermüdet fährt die gemeingefährliche anonyme Gesellschaft in ihren Angriffen fort, sodaß man gar nicht mehr daran zweifeln kann, daß es sich diesmal für sie um eine große Aktion handelt.

Die „Konservative Korrespondenz“ veröffentlichte kürzlich eine Notiz, in der in der schamlos brutalen Weise zum Kreuze gegen Frankreich aufgefordert wurde. Selbst



Die konservative Presse besaß damals zum größten Teil immer noch Verantwortungsgefühl genug, diese Brandstifternotiz wortlos in den Papierkorb zu versenken. Die nichtkonservativen Zeitungen, auch gemäßigt liberale Organe, sprachen in starken Worten ihren Unwillen über dieses Treiben aus. Eines der Blätter, die gegen die „Konservative Korrespondenz“ Stellung nahmen, war auch die badisch-offiziöse „Karlsruher Zeitung“, doch beschränkte sie sich in ihrer Ausdrucksweise durchaus maßvoller Formen. Seitdem hat sie es mit den Kreisen, die hinter jener Notiz der „Konservativen Korrespondenz“ stehen, und die in der „Post“ ihr eigentliches Organ haben, gründlich verschüttet.

Die „Post“ behauptet jetzt, die badische Regierung habe durch die Besonnene Aeußerung der „Karlsruher Zeitung“ die Einheitslichkeit der deutschen auswärtigen Politik gefährdet, und sie fordert scharf Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher einzelstaatlicher Einmischungen. Der Standpunkt der deutschen Reichsregierung wird ohne weiteres mit dem der toten Kriegshelden identifiziert, und man tut so, als wäre eine Verlautbarung der „Konservativen Korrespondenz“ ungefähr gleichbedeutend mit einer offiziellen Kundgebung der Reichsregierung. Daß es nicht bloß das Recht, sondern sogar die Pflicht der einzelstaatlichen Regierungen wäre, ihre abweichende Meinung nachdrücklich geltend zu machen, wenn sich die Reichsregierung wirklich von den alldeutschen Kriegshelden ins Schlepptau nehmen ließe, darauf mag bloß nebenher hingewiesen sein. Das Lächeln an der Sache bleibt doch die Unterstellung, wer gegen die „Konservative Korrespondenz“ aufmuckt, sühne damit die Aktion der Regierung und sei gewissermaßen als Reichsfeind zu betrachten.

Wohin die „Post“-Leute mit ihrem Feldzuge hinaus wollen, ist ohne weiteres klar. Es handelt sich ihnen darum, die Widerstände der einzelstaatlichen Regierungen gegen die Kriegspolitik, die sie der Reichsregierung suggerieren wollen, durch Einschüchterung ein für allemal zu brechen. Erst müssen alle Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit durch Drohungen stumm gemacht sein, ehe die Bahn für ihre Aktion frei wird. Und darum soll an der vorlauten badischen Regierung, die eine von der konservativen Presse schamhaft verschwiegene Aeußerung der „Konservativen Korrespondenz“ nicht mit schweigendem Gehorsam zur Kenntnis nahm, ein Exempel statuiert werden.

Der Weg nach Paris geht über Karlsruhe! Und darum ist der „Krieg mit Baden“, den die „Post“ jetzt führt, gar nicht so lächerlich und kindisch, wie er auf den ersten Blick scheinen mag. Lächerlich und kindisch ist dabei nur die plumpe, leicht zu durchschauende Methode, nach der hier gearbeitet wird; gefährlich und verhängnisvoll sind aber die Absichten, die mit ihr verfolgt werden. So unbedeutend die „Post“ als Zeitung ist, so einflußreich ist leider auch die Gesellschaft, die hinter ihr steht. Sie ist so einflußreich, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bisher noch nicht einmal den Mut gefunden hat, die badische Regierung gegen ihre Zusätze zu bedenken. Vielleicht findet sie diesen Mut jetzt, nachdem ihr darin sogar konservative Blätter vorausgingen!

### Die polizeifrommen Gastwirte,

die vor ein paar Tagen den Protest gegen das Kaisertelegramm mit patriotischem Gebrüll niedergelassen haben, beschäftigten sich kurz vor dem Auseinandergehen mit einem politischen Thema, nämlich der Stellungnahme des Bundes deutscher Gastwirte zu den kommenden Reichstagswahlen. Hierzu hatte der Gastwirterverband Ruffan und am Rhein folgende Frage gestellt: „Was denkt der Bund bzw. Reichsverband bei den nächsten Reichstagswahlen zu tun?“ Der Referent Bräuning-Biesbaden führte hierzu aus, daß die Frage nach einer bestimmten Richtung hin erörtert werden könne, ohne gegen die Statuten des Bundes zu verstoßen. (Beifall und Widerspruch.)

Vor den kommenden Wahlen muß unbedingt der Gastwirterverband sich rühren, damit die Reichstagskandidaten wästen, wo die Hand der Schürke brüde. Um besten wäre es, den Vorstand zu beauftragen, eine Broschüre herauszugeben, in der eine genaue Darstellung der Befassung des Gastwirterverbandes in den letzten zwanzig Jahren gegeben würde und die die gegenwärtige trübe Lage des Gewerbes beleuchte. Diese Broschüre müßte in tausenden von Exemplaren verbreitet und den Reichstagskandidaten vorgelegt werden, die dann in ihren Reden dazu Stellung nehmen müßten. Die Erfahrung habe selber gelehrt, daß die Reichstagsabgeordneten wie die Kandidaten in der Mehrheit über die Lage des Gewerbes nicht informiert seien. Man müßte also die Kandidaten vor die Alternative stellen, ob sie die Bestrebungen der Gastwirte unterstützen wollten oder nicht; im letzteren Falle müßte man ihnen jede Unterstützung verweigern. Der Bund und seine Unterverbände dürften nur Kandidaten unterstützen, und zwar gleich welcher politischen Partei, die für die Interessen des deutschen Gastwirterverbandes eintreten wollten. Vor den Wahlen seien bekanntlich die Kandidaten für alle möglichen Wünsche der Wähler sehr leicht zu haben, nach der Wahl freilich sehr schwer. (Weiterer Beifall und Beifall.) Wenn im ganzen Deutschen Reich in dieser Weise an die Kandidaten herangetreten würde, würden die Wahlen gewiß zum Nutzen des Gewerbes verlaufen.

Wagner Leipzig teilt mit, daß der Sächsische Verband bereits beschlossen habe, die Abgeordneten, die für die Reichsfinanzreform gestimmt hätten, in den Gastwirten zu nennen (Weiterer Beifall und Unruhe), damit es den Gastwirten möglich sei, diese bei den nächsten Wahlen nicht wieder zu wählen und die Gastwirte andererseits in der Dessehrlichkeit den gebührenden Respekt sich sichern.

Wenzel Frankfurt: Wir haben verschiedene Abgeordnete in unserer Mitte gesehen, meist freilich heftige. Sie haben uns ihrer Teilnahme versichert und sich gern bereit erklärt, für uns einzutreten. Es wäre interessant, zu erfahren, wie sie sich zur Reichsfinanzreform gestellt haben. (Weiterer Beifall.)

Groll-Cassel: Was den Reichstagsabgeordneten Amtsrichter Ratmann anlangt, so ist er ausdrücklich getragt worden, welche Stellung er zur Reichsfinanzreform einnehmen werde. Er hat uns auch versprochen, dagegen zu stimmen. Als die Sache aber zum Klappen kam, hat er dafür gestimmt. (Ausrufe, Weiterer Beifall und Bewegung.)

Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Der Bund deutscher Gastwirte beauftragt seinen Vorstand, durch den Reichsverband deutscher Gastwirte eine Broschüre verbreiten zu lassen, welche die heutige Lage in unserem Gewerbe eingehend behandelt. Diese Broschüre sollen in den einzelnen Bezirken die Vereinarbeitenden persönlich den Kandidaten überreichen und denselben das Versprechen abnehmen, daß sie einer weiteren Besteuerung unseres Gewerbes nicht zustimmen werden, vielmehr gewillt seien, einen Ausgleich der hiesigen bestehenden Doppelbesteuerung der Gastwirte herbeizuführen.

Diesen Beschluß begreifen die Mutigen dann wieder mit einem Kaiserhoch, damit sie sich nicht etwa „verdächtig“ machten. Wenn sozial Charakterstärke im eigenen Lager herrscht, da soll man sich über den Umfall der anderen nicht wundern. Mit Kriecherei wehrt man keine neuen Taten ab.

**Ausweisung aus Preußen.** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt: Für Wassermann sollte in keinem preussischen Wahlkreise Platz sein. Durch sein antipreussisches Verhalten in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage, in der er sein Gewicht als Parteiführer zur Mundtotmachung der ihrer nationalen Verantwortung bewußten Fraktionsmitglieder diktatorisch in die Waagschale warf, hat er zuletzt sich gut preussische Sympathien für immer verschert. Kein preussischer Wahlkreis sollte dem Wanderpolitiker eine Heimstätte gewähren.

Unstet und flüchtig soll er sein! So verlangt es das bis zum Größenwahn aufgeschwollene Nachtwortwischen der rheinisch-westfälischen Industrie-Magnaten. „Kein Pfennig mehr für Wassermann!“ hieß es schon vor Jahren in den Organen des Zentralverbandes deutscher Industrieller. „Kein Wahlkreis mehr für den Wanderpolitiker!“ heißt es jetzt.

Herr Wassermann kandidiert im preussischen Wahlkreis Saarbrücken. Den Rat, sich aus diesem von den Scharfmachern beherrschten Bezirke nach Guben-Lübben zurückzuziehen, wo durch den Verzicht des Prinzen Schönau-Carolath

eine Kandidatur frei wird, hat er abgelehnt. Vielleicht hätte er besser getan, ihn anzunehmen, denn wenn auch Guben-Lübben ein preussischer Wahlkreis ist, so reicht der Arm der rheinisch-westfälischen Scharfmacher soweit doch nicht. Ein Mann, den die Macht der Scharfmacher verfolgt, ist ein schweriger Reichstagskandidat für das Königreich Stumm und die Residenz Alexander Diles!

Die Kandidatur Wassermann in Saarbrücken steht also je länger desto mehr auf recht schwankendem Boden. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bezeichnet diese Kandidatur direkt als ein Verlegenheitsprodukt. Sie erzählt:

„Die Kandidatur Wassermann, mit Nebeln und mit Schrauben durch mühsame Kulisserarbeit endlich zum Beschluß der Wahlkreisinstanten erhoben, ist hier von Anfang nicht anders aufgefaßt und eingeschätzt worden, denn als ein Verlegenheitsprodukt, in Ermangelung eines eigenen zugerechneten Bewerbers aus dem Saargebiet, der den verschiedenen Schattierungen des hiesigen Liberalismus genehm gewesen wäre. Bevor man veranlaßt wurde, auf den unglückseligen Parteiführer die Augen zu lenken, hatte die hiesige Parteileitung bei dem Generaldirektor eines bedeutenden auswärtigen Industrieunternehmens angeknüpft, dem von seiner hiesigen Wirksamkeit im Staatsdienste her die Sympathien gerade der handarbeitenden Bevölkerung in großem Umfang treu geblieben sind.“

Dieser Generaldirektor eines auswärtigen Unternehmens kann niemand anders sein als der aus dem Staatsdienste geschiedene Geheimrat Hilger, unser neuer ober-schlesischer Landmann. Wie gerade dieser Mann, dessen diktatorisches Auftreten in einem umfangreichen Prozeß aufgedeckt worden ist, das Vertrauen der Arbeiterbevölkerung genießen soll, das ist und bleibt offenbar das Geheimnis der Scharfmacher. Des ruhigen wird dann noch bemerkt:

„Lehter Tage war auch zu lesen, daß die Kritik im Danabund für Wassermann verhängnisvoll werden könnte. Unter Gewehrman kann aus besser Kenntnis der Verhältnisse diese Gefahr nicht so hoch einschätzen. Die Ortsgruppe Saarbrücken des Hansabundes steht nach dem Austritt der führenden Männer des Wirtschaftslebens allerdings nur noch auf dem Papier, aber die Industrie hat sich nun einmal, in ruhiger Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände, mit der Kandidatur Wassermann als dem kleinsten Uebel abgefunden, und wenn sie auch beifolgendermaßen nicht den mindesten Anlaß hat, mit Feuer und Flamme für den gegenwärtigen nationalliberalen Parteiführer zu agitieren, so wird sie einer Wahl Wassermanns doch kein Hindernis in den Weg legen.“

Für die Nationalliberalen muß es doch ein recht erhebendes Gefühl sein, wenn ihnen von den Scharfmachern jeden Tag unter die Nase gerieben wird, daß ihr Führer eigentlich nur ein Gebuldeter im Wahlkreise Saarbrücken ist, den man außerdem nur deshalb duldet, weil man in ihm das kleinere Uebel erblickt. Herr Wassermann sitzt somit auf der Schaukel und es gewinnt immer mehr den Anschein, daß man ihn herunterfallen lassen will.

### Die echten und unechten Zentrumsleute.

Dr. Karl Bachem muß noch einmal vom Leber ziehen. Das Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter-Vereine (Sitz Berlin) „Der Arbeiter“ hat zu der Erklärung der „Köln. Volksztg.“, „daß während der Angehörigkeit des Herrn Dr. Kirich zur Redaktion nichts in die Spalten der Zeitung hineingekommen ist, was unter dem religiös-kirchlichen und besonders dem dogmatischen Gesichtspunkte ansehnlich wäre“, behauptet, daß dies den Tatsachen wider spreche; aber sei bereit, mit Belegstellen zu dienen. Dr. Bachem erwidert darauf:

„Der (katholische) „Arbeiter“ hatte also wieder einmal die Gelegenheit für glänzend, die „Kölnische Volkszeitung“ in die Waden zu beißen. Der „Arbeiter“ habe niemals aufgehört, die „Kölnische Volkszeitung“ zu befehlen, und hat das oft in der kürzlichsten, kleinlichsten und gehässigsten Weise getan. Er hat stets zu dem geheimen Konzern gehört, welcher, aus einer Sanddollar extremer und verworrenen Geister bestehend, in der hartnäckigsten und unerbittlichsten Weise den kirchlichen Standpunkt der „Kölnischen Volkszeitung“ im ganzen zu verdrängen suchten.“ Dr. Bachem richtet dann an den „Arbeiter“ die ausdrückliche Aufforderung, seine Beschuldigung endlich zu beweisen und

## Zungfer Mutter.

Ein Wiener Vorstadtschicksal von Alois Christen.

Der Leopold lag aber schon seit drei Wochen im Bett, da, als ihm die Schrift in sein Haus kam, er konnte sie nur mühsam lesen und verstand sie kaum, er wußte auch nicht viel zu schreiben, als acht Tage darauf der Abokat kam und ihm das alles mündlich sagte. Der Mann warke angeblich, daß er sein erkranktes Weib geschlagen habe, daß sie ihm zum Geheiß, daß sie nichts verschwendet und keine Mühseligkeit in gutem Stand gehalten.

„Gegen die Abneigung Ihrer geschätzten Frau gibt es kein Mittel, Zwang würde nichts nützen“, meinte der Abokat, „und, vergessen Sie, lieber Mann, Sie dürfen sich bei alledem, was Sie getan haben, gar nicht wundern, wenn ich eine schöne, eheliche Frau von Ihnen loslasse“, schloß der Schlichter mit einem Grinsen auf die hübsche, hübschgebaute Schöne des Branten und mit einer würdevollen Handbewegung, die sich wie eine Retardierung anbot.

Der Leopold glänzte den Abokaten an, er wußte nicht, daß gar nicht über das Gebären seiner Frau, er begann sich nur, daß alles, was ihm dieser abgeklärteste und gewöhnliche Herr da sagte, schon in der langen Schrift zu lesen war, was dann — ja — das gute Gebächnis seiner Frau brachte ihm ein wenig aus dem Geleite; jede Kleinigkeit, die vorgekommen war, wußte er noch im Gedächtnis mit einander gehabt hatten, welche sie und hatte sie den fremden Leuten erzählt, nur um ihn zu verblühen. ... Die lange muß sie da in einem Mann geachtet haben, mit immer nur Witz von mir, dachte er, und da wußte er auch mit einem Male, daß sie ihm niemals auch nur gut gewesen sei und daß ihr sein Verhalten bei der Liebe, die er auf sie für sie gewährt hatte, im Sinn geblieben war.

Der Abokat kam geschäftlich auf und fragte noch einmal: „Nicht alles so? Hat Ihre geschätzte Frau eine Unkrauterei geübt?“

„Ach Gott! nein, ... es ist so ... meine geschätzte Frau hat nicht gelogen. Ja, ja, ja!“

Seine Wangen glühten vor Scham und Scham, weil er sein Unglück so wenig erfahren hatte, als ob ihm einer die Geschichte anderer ihm fernstehender Menschen erzählen würde, aber trübselig wollte er sich vor dem elenden Mann zu setzen. Er verstand, wie tief ihn die Frau gekränkt und beschämt hatte, und jede Kleinigkeit, die sie ihm beibrachte, empfand er wieder beschämend, als die Abokaten, die ihm sagte, daß sie ihr kein Verbrechen hatte. Als aber der Abok-

lat noch an der Tür umkehrte und sich wieder an das Krankebett setzte und über die Scheidungsfrage deutlich zu unterhandeln anfing, da wurde Leopold wild, denn ganz im Hintergrunde aller seiner Gedanken stand doch die Hoffnung, daß sie bald wieder heimkehren werde; jetzt aber wurde der Gedanke durch unglückliche Umstände verdrängt, sie könne einem anderen angehen, wenn er sich für immer von ihr löst.

Er ließ die Hände übereinander und konnte das Bild nicht los werden. Der Schöne, weiße, hübsche Leib in den Armen eines anderen Mannes, die roten Lippen geküßt von anderen, fremden Händen, die schöne Statue vielleicht lebendig.

Jetzt ist es genug, jetzt gehen Sie, das ist mein Zimmer, Herr, und wenn ich ein Fleck bin, so sollen Sie sehen, was ein Fleck ist“, würgte Leopold heraus und zeigte nach der Tür.

Ein häßliches Schlingen der letzten Seufzer und der Abokat war verschwunden. Dem Kranken über war der Kopf wieder recht klar.

„Nicht, keine, mit mir alles weiß, der Kopf und ...“ Der Leopold redete nicht ans, er griff nur nach dem Herzen. Sie ist eine eheliche Frau, hatte der Abokat gesagt, und daß sie fünfzig Gulden Kontrahent bei der Madame Margot hat, daß sie dort nur mit Damen verkehren muß, gar keinen Mann zu sehen bekommt, daß sie sehr prächtig und allem Liebe und jauchzender Dank hat, als von ihrem Mann loszulassen.

„Sie ist ein miserabler Mann!“ sagte er trübselig, „hab' ich das arme Weib so unglücklich gemacht, so beschimpft und geschlagen ...“

Er ließ seine Augen langsam von einem Gegenstand zum anderen gehen, das alles, was für ihn so großen Wert hatte, das die Gungesundheit von Großvaterstube her, das sie Stück um Stück so zu zerstört hatte, das Band da auf demselben Fleck, sie aber war auf und davon, nichts hatte sie zurückgelassen können, nicht die Gewandtheit, die alle Leute schätzten da in dem Winkel, nicht das kleine Kind, das ihrem eigenen Leib entsprungen, nicht er, der alles für sie tat und ließ, seit sie zu einander gehörten, nichts, gar nichts hatte Recht gehabt über das wackere, gebrauchte Weib ... Und sie ist in ihrem Recht, hatte der häßliche Herr gesagt? ... Denn dem Abokaten, der jetzt da bei ihm saß, unglücklicher als sein eigenes Weib davorsetzte, würde er auch dieses das Recht zu sprechen? Gewiß nicht, weil er ja noch nicht einmal hat ... mit dem Krampflinien alle umbringen wie sie wollten.

Der letzten Gedanken schloß sich der Leopold herum, und wußte nicht zu seinem Geil, wannmal hätte er die langen Tage der Erziehung und die Nächte Mühe und Kummer er im Kinder. Als die Zeit herum, wußte er sich nicht zu sagen,

nur ab und zu frag er einen Kammerboten, der nachsehen kam: „Was ist heut für ein Tag?“ und dennoch rechnete er, im Eald er zeitweilig heller denken konnte.

Jetzt aber wußte er bestimmt, daß er sechs Wochen schon da auf ein und derselben Stelle lag, er hatte gehört, wie draußen die alte Mutter ihre Tochter abanzelte, er hatte sich angekränkt, ihre Worte zu verstehen, aber von dem langen herben Geruch war nichts in seinem Kopfe haften geblieben als die sechs Wochen.

„So lang!“ seufzte er, „sechs Wochen hab' ich sie nicht gesehen. Weiß sie denn nicht, wie elend es mir geht?“

Sie wußte es wohl, daß er krank dalag; ein letztes Schlaganfall, das sei vom Trinken gekommen, sagte der Arzt, bei dem Madame Margot anfragen ließ.

Die Mutter in der „blauen Gans“ fanden auch diese Krantheit natürlich und stellten sie ihren Männern als obgleich des Beispiel hin. Der Leopold war eben an jenem Unglückstage bis nach Mitternacht droben in der verschrittenen Anstalt gewesen, hatte gerunden und die Erbschneider-Maria hatte ihn um den Hals gehabt; das hat die Laternenanzünderin, die nach ihrem Mann auf die Suche ging, durch das Wirtschaftshausfenster alles erspäht.

Der Einarmige hat auch seinen armen Mann unter das Gefindel geschleppt, schüchelte sie, sobald auf dieses Ereignis hingewiesen wurde.

„Ja, ja, daß Einen da unter Setzgeißt, daß Einen wenigstens der Schlag trifft, ist doch ganz natürlich“, sagte gewichtig die Frau Mutter.

Somit war das Unglück des Weib-Leopold zurechtgelegt und der Lene ein Stein in das Brett geschoben.

Am Anfang der Krankheit hatte noch die und da eine der Frauen die Lene um einige Stunden vom Nachschlafen abgelenkt, als aber das Kind ganz außer Gefahr war, hatten sie die Pflege des Vaters dem jungen Mädchen allein überlassen, und je mehr sich die gute Stimmung der Lene zuwande, desto weniger kümmerten sich die Nachbarinnen um die Krankenstube, an welcher sie tagsüber noch so oft vorbeigehen mußten. Alles das wußte um gerade sechs Wochen.

„Also sechs Wochen!“ sagte der Leopold sehr laut, als die Lene in die Stube trat, „das ist recht lang ... Hast Du die ganze Zeit nichts von ... von meinem Weib gehört?“

„Gar nichts“, erwiderte das Mädchen und setzte sich vorstet an das Fenster.

„Wißt du? Ich glaub' es dir.“ In dem Gesicht des Kranken begannen die Mücken zu jucken. „Du Lene! ... ach! Lene! ... ich sag, Deine Mücke kann wohl sein ... was ges'ch' ich auf ... morgen.“



mit allgemeinen Redensarten von "Modernismus" zu kommen. Er rief diese Auffassung insbesondere an diejenigen Männer, welche nicht formell, aber um so mehr materiell und praktisch für den Inhalt des "Arbeiter" verantwortlich sind. Es ist in erster Linie Herr Gerichtsassessor a. D. Franz Bonaparte; in zweiter Linie sind es die Herren Dr. G. Bourle und Reichstagsabgeordneter F. Leischer. Diese sämtlichen drei Herren, und zwar insbesondere wie jeder einzelne, sind dem peremptorisch aufgefodert, den erwähnten Beweis zu erbringen.

Man sieht, die "Rdn. Volksztg." will unter ihren begnüglichen furchterlichen Mustern halten und endlich reinen machen.

**Disziplinarverfahren gegen sozialdemokratisch verachtliche Lehrer.** Gegen mehrere Lehrer in Offenbach a. Main wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet, und zwar gegen den Lehrer Richard Peter von einer Mädchenschule, der Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ist und als Aufsichtreferent für ein hiesiges sozialdemokratisches Blatt geschrieben hatte. Ebenso ist das Disziplinarverfahren gegen einige Vorstandsmitglieder des Offenbacher Lehrervereins eingeleitet worden, weil diese Inserate und Versammlungsberichte an alle hiesigen Zeitungen, also auch an sozialdemokratische, gegeben hatten.

Diese furchterlichen Verbrennen müssen natürlich gesühnt werden — mit dem Erfolge, daß noch mehr Lehrer innerlich zu uns herüberneigen und das bei den geheimen Wahlen bestätigen werden.

**Vom liberalen Pfarrer Gröndinger.** Wie aus dem Schreiben des erzbischöflichen Ordinarius München an den Magistrat München ersichtlich ist, ist Pfarrer Gröndinger deshalb nicht für den Pfarrposten in Pullach geeignet, weil ein Pfarrer, der mit einem Landtagsmandat beauftragt sei, den vielen Aufgaben einer geistlichen Seelsorgeführung unter den schwierigen Verhältnissen der Pfarrei Pullach unmöglich gewachsen sein könne.

Wir können, heißt es in dem Schreiben weiter, zurzeit Pfarrer Gröndinger, angesichts des offenen Konflikts, in dem derselbe zu seinem seitherigen Oberhirten in einer wichtigen Frage stand, und der bekanntermaßen in den weitesten Kreisen Aufregung verursacht, eines Vertrauens nicht entgegenbringen, das für die Aufnahme eines Pfarrers in die Diözese München vorausgesetzt werden muß.

Gröndinger ist liberaler Abgeordneter. Bei uns in Schlesien können Pfarrer jahrzehntelang Reichstags- und Landtagsabgeordnete sein, darunter leidet die Pfarrei niemals — dafür sind sie aber auch Zentrumsabgeordnete.

**Der Prozeß der Witwe Hermann.** Der Zivilprozeß der Witwe des von Polizeibeamten erschlagenen Arbeiters Hermann gegen den preussischen Fiskus und den Polizeipräsidenten von Berlin sollte am Mittwoch vor der Zivilkammer I des Amtsgerichts Berlin-Mitte zur Entscheidung kommen. Der Vertreter des Fiskus, Rechtsanwalt Schumacher, beantragte jedoch Vertagung, da er die Akten des Moabiter Strafprozesses noch nicht kenne. — Dem Gericht waren diese Akten erst am Dienstag Abend zugegangen. — Der Vertreter der Klägerin, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, erhob Widerspruch gegen die Vertagung, mit der Begründung, daß die Akten dem Beklagten nicht lange genug vorgelegen hätten, und der Polizeipräsident sich auch ausdrücklich dazu geäußert und seine Erklärungen schriftlich niedergelegt habe. Zudem liege es im Interesse der Klägerin, die ja ihres Ernähmers beraubt wurde, daß die Sache beschleunigt werde.

Gleichwohl wurde der Prozeß vertagt. Der neue Termin wurde auf den 5. August, vormittags 10 Uhr, festgesetzt. Empörung muß nicht nur die Witwe darüber erlitten, daß die Mörder oder Töchter ihres Mannes noch immer nicht unter Anklage gestellt sind. Ein engbegrenzter Kreis ist es, in dem die Schuldigen zu suchen sind. Und dieselbe Polizei, die ganze Kolonnen bewaffneter Mannschaften auswendet, wenn es sich um Verfolgung von Straßenbahnunfällen, um etwaige Ueberschreitungen des Koalitionsrechts, um vermeintlich gefehlwidrig stattfindende Versammlungen Jugendlicher, um Uebertretungen einer Zeitungszensur oder dergleichen Lapalpen handelt, ist ohnmächtig, wenn es sich um die Verfolgung eines kapitalverbrechens, dem das Leben eines Arbeiters zum Opfer gefallen ist, handelt!

**Nationalliberale Kriegserklärung.** Die parteioffizielle sächsische "Nationalliberale Korrespondenz" schlägt gegen die sächsische Regierung überaus scharfe Töne an und zwar wegen des Vorgehens der Regierung gegen die fünf Lehrer, die sozialdemokratische Versammlungen besucht hatten. Das nationalliberale Blatt führt aus:

Der Lehrer oder Beamte darf nicht Gefahr laufen, daß ihm der Besuch einer sozialdemokratischen Versammlung zum Vorwurf gemacht wird, möglicherweise gar noch von einer Behörde, die der Volkst gut fremd gegenübersteht. Die Grundzüge des Kultusministeriums würden die politische Zurückhaltung, die ohnedies vielen aus den verschiedensten Gründen naheliegt, nur begünstigen und damit die politische Lähmtheit fördern. Sie bedeuten eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer und Beamten. Es müsse daher diesen Grundsätzen mit Entschiedenheit widersprochen werden. Die Aufgabe der liberalen Parteien des sächsischen Landtages wird es sein, nötigenfalls für eine Verstärkung des Schutzes der Lehrer und Beamten gegen ungerechtfertigte Beanstandungen seitens der Behörden zu sorgen, etwa durch Einführung einer Beschwerde an die Disziplinargerichte.

Werden die Nationalliberalen bei dieser Kundgebung bleiben?

**Der Schutz der "nationalen Arbeit".** In einer Versammlung der sächsischen Industriellen in Aue vertrat Dr. Straßmann den Standpunkt einer maßvollen Zollpolitik und wandte sich scharf gegen den Zentralverband deutscher Industrieller und dessen Zollpolitik. Er verwies auf einen Artikel des Handelskammerpräsidenten Dr. Dietrich über die Lage der Spitzen- und Stickerindustrie, und führte dann nach dem "Auer Tageblatt" vom 19. Juli u. a. aus:

Dieser Artikel zeigt, wie sehr die ganze Industrie auf den Export angewiesen ist. Demgegenüber wird heute vielfach eine extreme Schutzpolitik angestrebt mit der Parole: Schutz der nationalen Arbeit! Das ist eine Frage! Wer mit seinen Produkten hinaus muß ins Ausland, für den ist die Erschließung des Weltmarktes Schutz seiner nationalen Arbeit. In zollpolitischem Sinne gibt es eben zwei Gruppen. Die eine umfaßt die große, die Schwerindustrie, die ein Monopol auf dem deutschen Markt hat. Das ist in erster Linie die Rohstoffindustrie... Ähnlich ist es mit dem Stahlwerksverband und der Eisenindustrie. Dieser Industriegruppe liegt an der Aufrechterhaltung eines so hohen Schutzes, daß sie von jeder Konkurrenz befreit ist. Wie kommt es, daß beispielsweise der Schiffbau immer mehr und mehr nach Holland geht? Die Holländer bekommen das Material billiger als die deutsche Industrie von deutschen Firmen, und das ist kein Schutz, sondern eine Schwächung der nationalen Arbeit.

Die Nationalliberalen haben die jetzigen hohen Schutzzölle mit beschloffen! Umso auffällender ist es, daß jetzt ein nationalliberaler Abgeordneter gegen diese Schutzpolitik Front macht.

geordnetenhaufe, ist gestorben. Bei den Wahlen im Jahre 1904 erhielt Jungheim im ersten Wahlgang 161 Stimmen neben 77 Stimmen für den Kandidaten des Bauernbundes, 21 Stimmen für den freiständigen Kandidaten Goldschmidt und 70 Stimmen für einen Kandidaten Stein. In der Stichwahl wurde Jungheim mit der großen Mehrheit von 168 gegen 22 Stimmen gewählt.

**Zur Hammelburger Spionageaffäre.** In der Hammelburger Spionageaffäre, in die wie gemeldet, ein japanischer Major verwickelt ist, schwebt die Untersuchung noch. Der Fall ist jedoch keineswegs so harmlos und einfach, wie er bisher hingestellt wurde. Es erscheint nach dem jetzigen Stande der Untersuchung zweifelhaft, ob der japanische Major Yoshima, der den Hauptkennpart beobachtete, überhaupt der verschleierte Beobachter gewesen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein anderer Japaner in der Nähe der Hauptkennpart aufgehalten hat. Das künat doch schon gesucht, so dick sind die Japaner bei uns nicht gesät.

### Ausland.

**Der Marokko-Streit.** Die Pariser "Agence Havas" veröffentlicht folgende, aus dem Ministerium des Aeußeren stammende Note:

Verschiedene Pariser Zeitungen veröffentlichten seit einigen Tagen Informationen oder Berichte über diplomatische Besprechungen, betr. die französisch-deutschen Verhandlungen. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß alle diese Informationen oder Berichte nicht auf amtlichen Nachrichten beruhen, sondern die Verantwortung dafür nur den Verfassern obliegt.

Konsul Bassei aus Fez wird demnächst in Berlin erwartet. Er ist zur mündlichen Besprechung verschiedener Reklamationen deutscher Angehöriger ins Auswärtige Amt berufen.

**Der Handkreich Mohammed Ali.** Im Juli vor zwei Jahren unterzeichnete Mohammed Ali, Schah von Persien, die Abdankungsurkunde, in der er sich verpflichtete, künftigen Aufenthalt in Odessa zu nehmen und niemals wieder persischen Boden zu betreten. Vor wenigen Wochen kehrte er nach in Baden zur Kur. Heute, am 20. Juli, steht er mit einer Streitmacht vor Herat, 350 Kilometer von seiner Hauptstadt Teheran entfernt. Sein Bruder Salar ed Dauleh, der die Fahne des Aufstehens bereits vor der Landung des Entthronten entrollte, unterstützt das Abenteuer. Die ausgezwungene Ruhe hat der kriegerischen Despoten Mohammed Ali nicht ausgesetzt. Der uralte Kurtag von Herat hat sich wieder in der orientalischen Gewaltthätigkeit verwandelt, der das Parlament mit Waffengewalt bekämpfte, und nur der Waffengewalt wich. Schon lange soll er sich in der russischen Verbannung mit dem Plane getragen haben, die Krone wiederzuerobern, die das regierende Parlament seinem kleinen Sohne Achmed Mirza aufsetzte. Auf seinem Weg nach Persien mußte er durch Rußland fahren; zur Uebersahrt über das Kaiserliche Meer hat er ein russisches Schiff benützt. Es wäre für die russische Regierung ein letztes gewesen, den Einfall zu hindern. Wenn Rußland sich nicht dem Abenteuer entgegengesetzt hat, so muß es seine wohlwolligen Gründe dafür haben. Auch Mohammed Ali muß wissen, daß sein Vorgehen stillschweigend gebilligt werden wird. Bei seiner Thronbesteigung garantierte ihm die persische Regierung eine jährliche Pension von 100.000 Tomans. Der Tomon hat einen Wert von zirka 8 Mark. Da der Schah über keinen weiteren Schatz verfügt, wird er es sich sicher genau überlegt haben, ob er gen Persien aufbrach, denn die Abdankungsurkunde bestimmt, daß er dieses schöne Jagdgebiet im Fall eines Unternehmens gegen Persien verlustig gehen solle.

Aus Omsk zurückkehrende Reisende berichten, Mohammed Ali habe sein Lager 15 Kilometer vor Herat aufgeschlagen und werde Sonnabend vor der Stadt ankommen. Der Präsident scheint die Maideraner, die in Sari eingetroffen sind, abzuwarten. Gegenwärtig ordnet er die Turkmeneinheiten, welche künftlich in großer Zahl ihm von allen Seiten zukömen. In Omsk wird der Andrang von Bewohnern Herats immer größer. Es stellte sich heraus, daß Prinz Schua es Saltaneh, der ehemalige Minister des Aeußeren Saad ed Dauleh und Mutasim el Mulk den Schah begleiteten.

**Gegen den Antimilitarismus in Frankreich.** Im Auftrage des Untersuchungsrichters Boucard nahmen Donnerstag Abend in Paris zwei Polizeikommissare in der Angelegenheit der antimilitaristischen Agitation und der Sabotage der Eisenbahnen abermals Paussuchungen bei mehreren Syndikatsführern vor und beschlagnahmten zahlreiche Schriftstücke. Es heißt, daß diese Schriftstücke Fingerzeige für die Entdeckung der Urheber der jüngsten Sabotageanschläge enthalten.

Der Führer der antimilitaristischen Bewegung Herve wurde im Auftrage des Justizministers aus dem Gefängnis de la Santé, wo er als politischer Häftling behandelt wurde, nach dem Gefängnis von Clairvaux im Juradepartement übergeführt. Als Grund wird angegeben, daß Herve im Gefängnis de la Santé allzu große Freiheit genossen, die antimilitaristische Tätigkeit forsetzt und sogar nach wie vor Leitartikel für sein Blatt, "La Guerre Sociale" geschrieben habe. Auch die Camelots du Roy Lacour und de Halleine wurden aus dem Gefängnis de la Santé nach Clairvaux gebracht.

Die "Detaillie Syndicaliste" teilt mit, daß einer der Führer der Syndikatsbewegung ein gewisser Metivier, schriftlich das Geständnis abgelegt habe, daß er 1908 nach einer Unterredung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau in den Dienst der Polizei getreten sei, mit der Verpflichtung, regelmäßig Bericht über die Arbeiterbewegung zu erstatten und daß er dafür monatlich 250 Francs bezogen habe.

**Die Detobil im englischen Oberhaus.** Beunruhigende Gerüchte, daß die der Detobil opponierenden Peers so zahlreich erscheinen könnten, um die dritte Lesung zu Fall zu bringen, wenn sich Lord Lansdowne und diejenigen, welche ihn regelmäßig unterstützen, der Zustimmung enthalten sollten, hatten ein weitgehendes Interesse erweckt, und das Oberhaus war infolgedessen am Donnerstag nicht besetzt. Eine ungewöhnlich große Zahl von liberalen Peers war anwesend.

Minister Morley betonte bei seiner Beantwortung der dritten Lesung: Die Bill sei vom Lord durch Abänderungsanträge umgestaltet worden, die einen tödlichen Schlag gegen das Prestige, die Privilegien und die Autorität des Unterhauses führten. Er wünschte, daß die Bill ohne irgend eine soziale Erschütterung durchgeführt werde. (Gelächter auf Seiten der Opposition.) Er meinte nicht eine oberflächliche, sondern eine wirkliche, weitgehende soziale Erschütterung. Morley sagte zum Schluß, diese Bill heute annehmen und später die Annahme der eigentlichen Bill gestatten, heiße nicht, dem Unterhause oder der Regierung, sondern dem Verdikt und dem Urteil des Landes bei den letzten allgemeinen Wahlen nachgeben.

Lord Lansdowne verwahrte sich dagegen, daß die Abänderungsanträge die Privilegien des Unterhauses auf finanziellem Gebiet angegriffen oder daß sie unvernünftig seien. Seine Freunde würden sicher nicht von den Zusatzträgen zurücktreten, so lange sie freie Vertreter blieben. (Lauter Beifall auf Seiten der Opposition.) Er gebe den Peers den Rat, der dritten Lesung der Bill zuzustimmen.

Die dritte Lesung der Detobil wurde darauf einstimmig angenommen.

**Die österreichische Präsidentschaftswahl.** Das Wiener Abgeordnetenhaus wählte mit 387 von 429 abgegebenen Stimmen Dr. Schloßer zum Präsidenten. Zu Vizepräsidenten wurden der Italiener Conci, der Pole Gorman, der Christlichsoziale Judel, der Sozialdemokrat Bernerstorfer, der Südlane Bogacnik, der Ruthene Romanent und der Tscheky Zbarsky gewählt.

**Krapotkin darf vorläufig in der Schweiz bleiben.** Die Presse meldet, daß der Bundesrat den vor dreißig Jahren aus der Schweiz ausgewiesenen Fürsten Krapotkin neuerdings ausweisen, also die Ausweisung aufrechterhalten oder erneuern wollte und nur der Umstand, daß er wirklich krank, brustkrank, ist, rettete ihn und den schweizerischen Bundesrat vor einer Tat der Barbarei. Dagegen erhielt die Regierung des Kantons Tessin vom Bundesrat die Weisung, an ihn zu berichten, sobald Krapotkin Minusio, seinen jetzigen Aufenthaltsort oder die Schweiz verlässe.

Nur die allerschwersten ausländischen Verbrecher werden aus der Schweiz auf Lebenszeit ausgewiesen, die politischen Ausweisungen erfolgen dagegen immer auf Zeit, so daß der nun 70jährige Krapotkin nach 10 Jahren noch immer der Ausgewiesene und Verfolgte ist, während er, wie berichtet wird, sogar in Ausland amnestiert ist.

Wenn von Barbareien der gegenwärtigen Staaten die Rede ist, darf man nicht vergessen, auch die Schweiz zu nennen.

**Genosse Jaures feierlich begräbt.** Wie aus Biffa bon gemeldet wird, wohnte der französische Genosse Jaures, der sich nach Argentinien zwecks Abhaltung von Vorträgen begibt, am Donnerstag in der Diplomatengasse einer Sitzung der Kammer bei. Auf Antrag des Ministers des Aeußeren wurde Jaures eingeladen, unter den Deputierten Platz zu nehmen. Er wurde hierauf unter stürmischem Beifall und Schreufen in den Saal geführt. — In Deutschland best man sozialistische Abgeordnete auf die Festung — siehe Liebknecht — in Portugal auf einen Ehrenplatz.

**Arbeiter im eigenen Extrazuge.** Es dürfte wohl noch nie vorgekommen sein, daß eine Arbeiterorganisation sich zu einer Vergnügungs- und Bekehrungsreise eines der Arbeitern gehörenden Extrazuges bedient. Dieser Tage wird die Arbeiterkammer von Reggio Emilia 700 ihrer Mitglieder zu einem Besuch der Turiner Weltausstellung senden, wobei die Reise in einem Extrazuge stattfindet, dessen Lokomotive und Waggons einer Organisation gehörten, die bei der Arbeiterkammer von Reggio organisiert ist, nämlich der Arbeitsgenossenschaft für den Bau und den Betrieb der Eisenbahnlinie Reggio-Genoa. Diese Festfahrt aus einem Zentrum der modernen Arbeiterbewegung, wie Reggio Emilia, nach Turin, das auch auf seine gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen stolz sein kann, wird wirklich einen Meilenstein in der internationalen proletarischen Bewegung bilden. Zeigt sie doch, was sich durch Organisation und durch das Ineinandergreifen von politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegung von der Arbeiterschaft erreichen läßt, selbst da, wo es sich, wie in Reggio Emilia, um ein vorwiegend ländliches Proletariat handelt.

**Die Revolution auf Haiti.** Ein Telegramm aus Port au Prince meldet: Die Plünderungen auf Cap Haitien sind infolge der energischen Maßnahmen des revolutionären Komitees etnge stellt worden. Die amerikanischen, deutsche und italienische Gesandtschaft richteten an ihre Regierungen die dringende Bitte um Entsendung von Kriegsschiffen. Die Regierung erklärte die Blockade für St. Marie, Gonaves und Port Liberté. Diese ist jedoch unwirksam, da die Regierung nur ein Kriegsschiff besitzt.

Ganz Nordhaiti ist in der Pänden der Rebellen, und ein vollständiger Sieg der Insurgenten erscheint sicher. Sie nahmen Haiti ein und plünderten es, nachdem Präsident Simon sich mit dem Kabinett und 3000 Mann Truppen auf den deutschen Dampfer "Soria" begeben hatte, der nach Port-au-Prince fuhr. Dort bestieg der Kriegsminister das Schiff ebenfalls, um sich nach Jamaita zu retten. Simons Truppen desertierten scharenweise.

**Keine Auslandsnachrichten.** Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Schuster sich eine Interpellation eingebracht, in der die Wahrung der Interessen der Donaumonarchie in Marokko verlangt wird. Die bulgarische Nationalversammlung nahm einen Gesetzentwurf, betr. die Aenderung der Verfassung, in 3. Lesung mit 326 gegen 61 Stimmen an.

**Bestellungen der sächsischen Wissenschafts-Kommission.**

Bredlau, den 21. Juli.	gute		mittlere		geringe Sorten	
	50gr.	10gr.	50gr.	10gr.	50gr.	10gr.
Weggen, weißer	20 70	18 80	17 70	18 80	16 70	17 70
Weggen, gelber	20 40	18 70	19 60	18 70	18 60	17 60
Weggen alt	16	15 50	15 40	14 50	14 40	13 50
Weggen neu	15 70	16 80	15 10	14 20	14 10	13 20
Weggen	15 50	14 20	14 20	13 30	13 40	12
Weggen	17 50	16 80	16 70	16 80	16 10	15 80
Weggen	23	22	21	20	19	18
Weggen	19 50	19	17 80	18 80	18	17 80
Gen. alles, per 100 Sgr. 6.40—6.80 Wtl. neues 5.80—6.00 Wtl.						
Weggen per 100 Sgr. 4.20—4.60 Wtl.						
Weggen per 100 Sgr. 2.70—3.10 Wtl.						

Weggen per 100 Sgr. 2.70—3.10 Wtl. Weggen per 100 Sgr. 2.70—3.10 Wtl. Weggen per 100 Sgr. 2.70—3.10 Wtl.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kadeb. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Verlag von Carl Schö. — Druck von H. Schö. G. m. b. H. — Jährlich in Dresden. — Siergen & Weggen.

**MAGGI'S Suppen-Würfel**  
Die Besten

**Wahlbezahn's prop. Hatermop**  
Beste Kindermahrung

Der Wohl angeordnet, geladene die Kinder glücklich. Es wird beständig, nicht zu viele Kinder sind glücklich wegen der besten Kindermahrung die Wahlbezahn's prop. Hatermop. Auerlich empfohlen. — Herstellung durch Wahlbezahn's.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Juli.

Geschichtskalender.

23. Juli.

1562 Gdh v. Berlichingen †. 1878 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein durch Lessendorff geschlossen.

24. Juli.

1802 Der französische Schriftsteller Alexander Dumas b. Veltre †. 1908 Der Maler Walter Leistikow †.

Im Kino.

Wohl die kleinste Stadt hat heute ihr Kinematographentheater. In den Großstädten ist fast in jeder belebteren Straße ein zu finden. Oft stoßen mehrere hart aneinander. Wie Pilze nach einem warmen Regen sind diese Unternehmungen aus der Erde geschossen, was besagen will, daß sie sich eines wachsenden Zuspruchs erfreuen. Mit Vorliebe besuchen junge Leute das Kinetheater, doch befinden sich auch ältere darunter, oft ganze Familien. Das Publikum ist überhaupt sehr gemischt, rekrutiert sich aber der Bevölkerungsschicht nach größtenteils aus Arbeitern. Hinzu kommen noch Kavaliere, Damen, Angestellte und Kleinbürger. Dann und wann mag vor das Kinetheater auch eine ...

Allen Besuchern aber dient das Kinematographentheater zur leichtesten Unterhaltung. Wohl bietet es hin und wieder auch etwas Beschreibendes; sieht man aber die Programme der verschiedenen Theater an, und vergleicht sie auf ihren Inhalt, so wird das Unterhaltende immer überwiegen. Na noch mehr! Im Durchschnitt nimmt das Sensationelle, Völlere, nach Affekt haßende, den vorläufigen Raum ein! Ehemalige Dramen, Eiferstichs- und Verführungsgeschichten, Entführungsgeschichten und Bilder aus der Verbrecherwelt kehren ständig auf dem Spielplan wieder. Oft sind die ganzen Darbietungen nichts weiter als ins Bildliche übertragene Schundliteratur. Mit marshallischer Melodie auf preiswürdigen Plakaten werden die Darbietungen angekündigt. Alles ist darauf berechnet das Publikum anzulocken, und nur zu leicht acht es diesen falschen Anpreisungen nach.

Es ist ja schließlich zu verstehen, wenn das Publikum mehr das Unterhaltende sucht. Der Arbeiter, der 10 Stunden in der Werkstätte tätig war, will eine kleine Ausfrischung seines Gemüts. Darbietungen die sich lediglich an den Verstand wenden, machen zu müde, bringen das nicht, was gewünscht wird. Die anschaulichen, leicht faßlichen Darbietungen ziehen aber den Zuschauer an, und da die Eintrittspreise nicht allzuhoch sind, ist es erklärlich, wenn das Kinetheater nach und nach zum Theater des kleinen Mannes geworden ist. Die Tempel der wahren Kunst sind ihm ja heute noch sozusagen verschlossen, und zudem verfügt er nicht über die genügende Vorbildung, um das Wahre, Gute und Schöne mit Gemuß würdigen zu können.

In den Durchschnittsdarbietungen der Kinematographentheater liegt aber für das Publikum eine Gefahr, besonders für die Jugend. Bekommt es doch — genau wie bei der Schundliteratur — ein ganz falsches Weltbild. Nun werden die Besucher der Theater kommen und sagen, das Publikum will nichts Ernstes. Es will Spannung, feisende Handlungen. Gut, die Einwendung mag gelten; es ist von ihr weiter oben bereits gesprochen worden. Aber kann das Spannende nicht zugleich mit dem Beschreibenden und Unterhaltenden verbunden werden? Gewiß doch! Dem Kinetheater sind ja alle Mittel erschlossen. Es kam zu einem Kulturfaktor werden, wenn es unter richtiger Leitung steht. Und die Besucher sollten einen Ehrgeiz darin sehen, dem Volke etwas Gutes zu bieten. Heute stehen die Kinetheater im allgemeinen in

einem schlechten Ruf. Und daran sind in erster Linie ihre Gründer selbst schuld.

Warum muß denn immer das Sensationelle im Vordergrund stehen? Spannung kann zum Beispiel auch erreicht werden, wenn dem Publikum fremde Länder mit ihren Völkern und Naturschönheiten vor Augen geführt werden. Das ist dann Bildung und Unterhaltung zugleich. Großen Anreiz würden zweifellos Wanderungen an fremden großen Flüssen von der Quelle bis zur Mündung ausüben. Verknüpft damit könnten werden Szenen aus dem Leben der fremdländischen Bewohner bei Spiel und Arbeit, Bilder aus der Tier- und Vogelwelt. Beschreibend und spannend zugleich würden weitere Vergleichen sein. Und daneben könnte man das Publikum durch Industrierestaurant, Waldwege und Hofanlagen führen. Auch Tagesereignisse mag das Kinetheater bieten. Und schließlich auch humoristische Vergleichen und Szenen aus der dramatischen Kunst. Der allem aber müssen die Darbietungen wahr sein, dürfen auf keinen Fall von vornherein den Stempel des Unmoralischen tragen, oder so verlegen aufgeführt sein, daß der unbefangene Zuschauer das Falsche, Häßliche geradezu mit den Händen greifen kann. Verlegen die Kinetheater auf diese Gebiete ihre Tätigkeit, dann kann auch die Presse gelegentlich durch sinnvolle gute Vorstellungen empfehlen. Das ernster gebildete Publikum (unter den Arbeitern!) würde dadurch den Kinematographen mehr Interesse entgegenbringen und durch seinen Besuch die Besucher einschüchtern. Durch unhöfliche Darbietungen zweifelhaftes Publikum verlieren haben ...

Nicht alle Kinetheater sind unredig zu verwerfen. Es gibt schon vorzügliche, bei denen ein Besuch zu bestimmten Zeiten lohnend ist. In Breslau ist zum Beispiel das Palast-Theater in der Schwandlauerstraße bemerkt, aus dem Durchschnitt herauszukommen. Das letzte Programm bot wenigstens ganz Ansehnenswerthes; ob das Programm immer so ist, wissen wir nicht, da wir dieses Unternehmen zum ersten Mal besuchen und daran unsere Kritik knüpfen müssen. Die Eintrittspreise sind nicht zu hoch, die Plätze bequem und die Filmbilder — das muß besonders betont werden — sehr schön. Aus dem reichhaltigen Programm raut besonders der Film „Wirkung des Giftes in Odessa bei 35 Grad Wärme“ hervor. Wir sehen groteske Szenen, die das Eis abbildet, das Grollen, Schölen und mäckerhafte Szenen. Dieses Bild gilt sehr viel Aufregung, und wir staunen über die wunderbaren Beweise, die die Natur hervorruft und über die Genauigkeit der Technik, die es vermocht, derartigen künstlerische Schöpfungen naturgetreu wiederzugeben. Auch das Bild „Die Nieder Wöche“ war sehenswert. Trag es doch nichts von dem üblichen patriotischen Gepränge. Wir lernen nur das schöne Meer kennen, echt in Farbe und Wellenlinie. Hier ist gar nichts Gefühlsregendes oder Starres. Kühn streicht die Segel durch die Wellen, neigen sich zur Seite, weichen gewandt einander aus oder machen geschickte Wendungen. Man vermeint das Toben des Windes zu vernahmen, so geschmeidig blähen sich die Segel, so leblich kräneln die Wellen. Auch die Szene aus dem Leben eines Goldsuchers war landschaftlich sehr reizvoll, ebenso das Bild aus dem ostindischen Aufstand. Hier trat das Kriegsgewalt gegenüber der herrlichen Landschaft ganz in den Vordergrund.

Dann das soziale Drama: „Wirkungen des Alkohols“. Wir sehen einen Mann, einen glücklichen Familienvater, der durch die Trinksucht dem Alkohol verfallen, seine Stelle verliert, arbeitslos durch die Straßen irrt und von Stufe zu Stufe sinkt, Frau und Kinder mit ins Verderben hinabziehend, bis die ganze Familie endet: die Mutter mit ihrem tuberkulösen Kinde, beide einstmals blühend, durch Selbstmord; der Vater und der kleine Sohn im Gefängnis. Hier wirkte alles plastisch und wahr. Von der heimlichen Stube bis zur elenden Winterhauswohnung mit zertrümmerten Tapeten, zerbrochenen Fensterrahmen und verknumpten Möbeln. Auffallend gut war die Physiognomie des Trinker dargestellt. Bei den Schicksalern liegt ja der Hauptwert auf der mimischen Wirkung; die Geste muß mitteilen. Und beides war gut! Das Trinkergeicht und die mehr und mehr verlum-

pente Gestalt waren dem Leben abgelauscht. Lebendig wirkten auch die Wirtshauszweigen mit den Kartenspielern und den Besuchern, die immer zu neuem Trunk überreden. Sogar eine Satyre auf den Arzt erblickt das Bild! Man denke: im Hinterhaus liegt ein krankes Kind; die ganze Stube steht nach Hunger und Elend aus und der Arzt verschreibt dem Kinde gutes Essen, nach jeder Mahlzeit Portwein usw. Ist das nicht gut? Viele Ärzte können sich ja nicht gerade rühmen, besonders viel soziales Verständnis zu besitzen. ... Diejem Drama ist eine vorzügliche Wirkung nicht abzuspüren.

Mit dem Gesagten wollen wir natürlich nicht andeuten, als sei alles Dargebotene einwandfrei gewesen. Verschiedene Mängel hätten gut wegfallen und durch bessere ersetzt werden können. So zum Beispiel die unvermeidliche Detektivkomödie. — Die humoristischen Darbietungen scheinen alle nach einer Schablone gemacht zu werden. Immer ist es ein Pechvogel, der bei tragischer Handlung Unglück hat, sich den Haß des Publikums zuzieht und nun lebend Schritt für Schritt neues Unheil anrichtet. Wir wollen jedoch über den Humor nicht den Stab brechen. Sei er aber möglichst wahr und vor allem elastisch und vielseitig, sonst wirkt er plump und peinlich.

Im Colosseum, wohl dem größten Kinematographen in Breslau, sind die Vorstellungen sehr mangelhaft. Die Filmbilder sind bestimmt nicht so schön, wie im Palast-Theater, und auch das Programm ist sehr schlecht zusammengestellt. Hier erleben wir es so recht, wie peinlich die gemachten Humorszenen wirken. Es waren ebenfalls nach einem Schema gearbeitet, nach dem alten Schema, und der Anreiz war groß aufgetragen und sozusagen mit den Händen zu greifen. Die Vorzüge und jugendliche Arbeiter lachen darüber, auch die Pädagogen antizipieren sich lächlich; aber das ist nur Wendwerk. Man muß schon etwas anderes bieten, um die Zuschauer wirklich in Tätigkeit zu setzen. Man hat auch viel Humor und gar nichts Ernstes außer dem „Schauspiel“ Napoleon. Und was war das für ein Napoleon! In der Geschichtskritik in der Volksschule kommt die Verzerrung des Lebensbildes eines großen Mannes im Kinematographen! Wehe den jungen und alten Leuten, die hier ihre Bildung holen! Zum ersten war rein bildlich der Napoleon ein ganz falscher. So haben wir ihn noch nicht gesehen, weder so stark noch auf der Schaubühne. Doch wir wollen von der kühnen Nachahmung ganz absehen, wir wollen auf das wirklich Strebende sprechen kommen, und das war — der Regisseur! Der wirkte direkt gut. Seine Erzählungen über Napoleons Lebensgange, die doch eigentlich eine Vermittlung zwischen den Bildern und dem Publikum herstellen sollten, fielen auf die Nerven. Und wie! Etwa abzurufen, zerrte er. Und dann kam das oberflächliche Geschnapen auf dem Klavier. Auch eine Störung! Wenn man keine bessere Erläuterung zu geben vermag und auch keine bessere musikalische Begleitung, dann laßt man beides fallen und überlasse es der Phantasie des Publikums, aus der Handlung auf der Leinwand das herauszufinden, was notwendig ist. So werden die Besucher nur aus der Stimmung gerissen und sie wirken dann kräftig mit (durch laute Andeutungen), um die Bilder zu erklären. — „Fische le reu!“ haben die französischen Truppen ihren Feldherrn zugehört — so schimpfte der Regisseur. Biele rollen über die Stimme aus dem Publikum. (Ein Schüler Darsteller) Über der Regisseur glaubt schlagfertig zu sein, er läßt sich sein Französisch nicht fortzieren und mitten in seiner Rede ermahnt er das Publikum: „Machen Sie keine Zwischenreden“ zu geben. Hier hat der Name Kintopp seine Berechtigung, der, in Berlin entstanden, zweifellos die Bezeichnung für etwas Pöcherisches in sich birgt.

Der Raum, wo im Colosseum die Vorstellungen gegeben werden, ist groß und geräumig. Man sieht hier ganz gut, nur die ewig auf- und ablaufenden Kellner, die aufdringlich ihre Speisen und Getränke anpreisen, lassen einem nicht in Ruhe. Schade, daß die Direktion nicht bemüht ist, ein besseres Programm zu bieten. Die Besucher im Colosseum sind größtenteils

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Rembrandts „Die Mühle“ ein Plagiat. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus New York ist das Gemälde „Die Mühle“ von Rembrandt, welches kürzlich von dem Belgier, Marcus Lansdowne, für den enormen Preis von hunderttausend Pfund Sterling in die Hände des Amerikaners Henry Fried übergegangen ist, als ein Gemälde des Malers Seghers erkannt worden. Man hatte eine dichte Firnissschicht abgelöst und dann die Unterseite des Seghers gefunden, die auch auf Photographien, die man von dem Gemälde genommen hat, deutlich sichtbar ist. Schon vor einigen Monaten hatten sich bedeutende Gelehrte, u. a. auch Dr. Hofstede de Groot, gegen derartige überschnelliche Preise, wie hunderttausend Pfund Sterling für Gemälde, die nicht authentisch sind, gewandt. Man schrieb das Gemälde fälschlich Rembrandt zu. Dr. de Groot weist jetzt jedoch darauf hin, daß „Die Mühle“ überhaupt nicht zum Genre Rembrandts gehöre. Seghers ist 1589 geboren und 1650 gestorben. Sein Einfluß auf die Rembrandtsche Malerei ist ganz zweifellos. Eine ganze Anzahl von Gemälden, die fälschlicherweise Rembrandt zugeschrieben wurden, stammen in der Tat von Seghers her.

Ein Originalgemälde von Albrecht Dürer gefunden. Bei den Renovierungsarbeiten in der Sakristei der deutschen Ordenskirche in Frankfurt am Main fand der Kunstmaler Vallin ein Selbstporträt von Albrecht Dürer. Dürer ist mit febergelbemähten Bart dargestellt; das lockige Haar fällt über die Schulter, in der linken Hand hält der Künstler Palette und Pinsel. Das Gemälde ist im Jahre 1525 von Dürer gemalt worden.

Abdeckung eines Schiffskanals. Im Norden von Paris verbindet ein Kanal die Seine mit dem Veltre-Becken und dient als Ausgang des nordwestlichen Kanalsystems und des Durchflusses nach der großen Seiche bei St. Denis. Dieser Kanal war bereits seit dem Jahre 1860 auf einer 1850 Meter langen und 16 Meter breiten Straße abgedeckt und trug den mittleren Teil des Boulevard Richard-Lenoir. Daran anschließend ist jetzt das 243 Meter lange Temple-Becken bis zur achten Schiene durch ein Eisenbetongewölbe abgedeckt worden. Das Kanalfeld konnte wegen seiner 6 Meter hohen steilen Ufermauern nicht als Hafenbecken verwendet werden. Andererseits wurde die Fläche als Straße dringend gebraucht und man konnte das abgedeckte Becken zum Wägen von Schlepplage ausnützen, wenn man eine genügende

freie Höhe zwischen Wasserpegel und Kanalgewölbe behielt. Mit einem gemauerten Gewölbe ließ sich das nicht erreichen und man hat daher früher auf die Herstellung der Kanaldecke verzichtet. Die Verwendung von Eisenbeton hat jetzt die Ausführungen des alten Kanals ermöglicht. Das Eisenbetongewölbe, das die Straßendecke trägt, hat 27 Meter Höhe und 4,75 Meter Weite. Die seitlichen Stützgewölbe liegen 1,75 Meter über der Straßendecke, die als 1,56 Meter breit angelegte Galerien an den Seiten entlang laufen. Zwischen ihnen kreuzt 24,75 Meter Kanalbreite. Das Eisenbetongewölbe ist 27 bis 45 Zentimeter dick und in Abständen von je 13 Meter durch eine 45 Zentimeter bis 1 Meter hohe und 34 Zentimeter breite Eisenbetonstütze verstärkt. Die Straßendecke liegt in der Mitte des Gewölbes rund 1 Meter über dem Sattelgelenk.

Aus aller Welt.

Die Insel der Tränen. Der dänische Dichter Johan Skjoldborg hat auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten auch die vor New York gelegene Einwandererstation auf Ellis Island tagelang beobachtet und gibt einige kräftige, durch die neuen schmerzlichen Einwanderungsbestimmungen veranlaßte Fälle wieder. Zunächst erscheint die Summe von 25 Zolllars, die jeder Einwanderer bei der Landung bezahlen muß, etwas reichlich bemessen, wenn es sich um einen sonst arbeitsfähigen, kräftigen jungen Menschen handelt. Im letzten Jahre wurden auf Grund der allgemeinen Bestimmungen 21.270 Menschen zurückgehalten und mußten wieder umkehren. Krankheit und Krankheitsverdacht gehören mit zu den hauptsächlichsten Hindernissen, die einem großen Prozentsatz der Einwanderer unbekannt sind und daher oft die bittersten Enttäuschungen hervorzurufen müssen. Einige Beispiele: Eine deutsche Familie, Vater, Mutter und sechs Kinder, im Alter von 4 bis 17 Jahren, kommen mit 800 Dollar an, wollen sie ihren Besitz dabei verkaufen haben; trotzdem dürfen sie nicht passieren, da der Arzt das eine Kind nicht für vollständig normal erklären kann. Alle sollen sie daher umkehren. Zufällig fand sich ein Verwandter im Westen, der gerade nach Deutschland gehen und das schicksaliche Kind mitnehmen konnte. Man mußte unarmherzig in die Trennung willigen.

Oder: Eine polnische Familie hat seit drei Jahren in Ohio gewohnt. Die Frau kommt von einem Besuch aus der Heimat nach Amerika zurück, mit einem zwei- und einem fünfjährigen Kinde; sie wird zurückgehalten. Der Arzt vermutet bei

dem älteren Kinde Trachom (ägyptische Augenkrankheit). Da dieses Kind in Polen geboren ist, kann es ausgewiesen werden, während das andere als geborener Amerikaner der Einwandererkontrolle nicht untersteht. Wiederum dieselbe Folge: die Familie wird auseinandergerissen. Ein dritter und ähnlicher Fall bei einer ungarischen Familie stellt sich als besonders erbarmenswert dar, weil die Mutter, die mit dem trachombeschäftigten Kinde zurück sollte, über die Trennung vom Mann und den anderen Kindern völlig die Jurisdictionsfähigkeit verloren hatte und ihr das Kind eigentlich garnicht anvertrauen war.

Derartige wiederholt sich Woche für Woche, Tag für Tag auf Ellis Island das ganze Jahr hindurch auf der Insel der Tränen. Man kommt durch das Gitter nicht, wenn man Trachom oder sonst eine Abnormität an sich hat. Ebenjowenig kommt man als Kontraktarbeiter hinein, das heißt als ein Arbeiter, der — bevor er noch an Land gekommen ist — schon in Amerika Arbeit angenommen hat. Nicht betroffen von diesen Ausschlußbestimmungen dagegen sind Künstler, Handelsleute, Kontoristen, Pharmazeuten, Photographen, Architekten und Kontorzeichner, Buchhändler, Stenographen u. a.

Sehr genau ist man auch damit, junge Mädchen an Männer zu überlassen, die sie abholen. Skjoldborg war Augenzeuge einer solchen Szene. Was willst Du mit dem Mädchen? wurde der Mann gefragt. — Ja, sie sollte im Hause sein. — Bist Du verheiratet? — Ja, ja. — Dann hol Deine Frau! — Ja, die ist aber gerade in Deutschland! — Und was bist Du? — Ja, er hätte ein Pensionat. Der Mann bekam das Mädchen nicht. Sie wurde solange zurückgehalten, bis irgend ein Mädchenheim oder ein derartiger Verein sich ihrer annahm und ihr eine Stelle verschaffte. Bei einer anderen Gelegenheit kam ein Mädchen mit ihrem Kinde zu ihrem Bräutigam angereist, er wollte sie abholen. — Ist das Deine Frau und Dein Kind? — Ja. — Bitte schön, dann heirate auf der Stelle, sonst kommt sie nicht an Land. — Und stehenden Fußes unter Verleutung mußten sie abziehen und sich trauen lassen. Es dauerte auch nicht lange, so kamen sie als Ehepaar wieder, und damit war die Sache in Ordnung.

Obser des Rheins. Drei junge Leute badeten im Rhein oberhalb Kölns. Einer derselben, ein junger Fliegerarbeiter, geriet an eine tiefe Stelle und ertrank. Die beiden übrigen versuchten, ihn zu retten und sind ebenfalls ertrunken. Die Leichen der drei Ertrunkenen sind noch nicht gefunden worden.



Arbeiter, und in ihrem Interesse wäre es gewesen, ihnen etwas Schönes, Beliebiges und Unterhaltendes vor Augen zu führen, damit ihre Groschen nicht unnützlich ausgegeben werden, damit sie nach des Tages Last und Mühe eine wirkliche Stunde des Genusses und der Freude haben. Und das ist ihnen doch zu gönnen.

Ausgehend von der Ansicht, daß sich der Kinematograph eines wachsenden Zuspruchs erfreut, aber nicht das erfüllt, was er erfüllen sollte, werden wir die Kinobühnen fernern etwas mehr in Augenschein nehmen und ihre Vorstellungen der Kritik unterziehen. Im Interesse seiner Besucher, der Jugend, der Volkserziehung und der Volksgesundheit.

### Die roten Kranzschleifen

Bei der Verurteilung unseres Genossen Cohn hatten es dem Vertreter des Polizeipräsidenten, dem Regierungsrat Frost, auch angetan; sie wurden, wie unsere Leser wissen, auf der Polizeiwache mit Gewalt entsernt, worüber allgemeine Entrüstung besteht. Alle Welt, die nicht vom Polizeigeist ergriffen ist, fragte mit Recht: Wie kommt die Polizei dazu, die roten Kranzschleifen mit den harmlosen Inschriften anzufassen und zu beschlagnahmen? Unser Parteisekretär, Genosse Th. Müller, richtete nun sofort an den Polizeipräsidenten eine Beschwerde. Und die Antwort darauf? Herr Frost, als Vertreter des Herrn v. Dppen, schreibt unterm 21. Juli:

Die Fortnahme der rotbeschleiften Kränze ist in Rücksicht auf die Vorschriften in den §§ 7 und 9 des Reichsvereinsgesetzes erfolgt. Die Entscheidung auf die dieserhalb erhobene Beschwerde muß bis Beendigung des eingeleiteten Strafverfahrens (§ 19 daselbst), für welches die einbehaltenen Kranzschleifen als Beweismittel von Bedeutung sind, ausgesetzt bleiben. Die auf der Polizeiwache zurückgelassenen Kränze selbst können im Zimmer 29 des Polizeidienstgebäudes während der Amtsstunden abgeholt werden.

J. B.: Frost.

Dieser Bescheid ist doch gewiß sehr klar und einleuchtend. Durch die roten Kranzschleifen ist das Zeichenbegängnis zu einem „ungewöhnlichen“ geworden und zu einem öffentlichen Aufzuge, der von der Polizei besonders erlaubt werden mußte. Die Kranzschleifen selbst wurden als „Beweismittel“ zurückbehalten, denn es folgt ja noch ein Strafverfahren. Auf die Verfolgung der Kranzträger kann man wirklich gespannt sein.

Die Polizei mit Herrn Frost an der Spitze hat eine ganz neue Entdeckung gemacht. Wenn bei einem Zeichenbegängnis Kränze mit roten Schleifen getragen werden, wird es „ungewöhnlich“. Um das zu verstehen, muß man wohl im Geiste der Polizei erwojen sein. Wenn weiße, blaue, violette, grüne oder schwarze Kranzschleifen im Trauerzuge sind, so ist das ganz in Ordnung und alle Tage kann man sehen, daß die Beerdigungen mit solchen Schleifen angeführt die Straßen der Stadt passieren. Oft werden auch bunte Fahnen mitgeführt, die nicht etwa zusammengerollt sind, sondern frei in der Luft herumflattern. Eine einzige rote Kranzschleife dagegen macht ein Zeichenbegängnis „ungewöhnlich“ und die Polizei geht, wenn sie es für nötig hält, mit Gewalt gegen dieses Wahrzeichen des Umsturzes vor. Wahrscheinlich, wäre die Sache nicht eigentlich sehr ernst, man müßte laut lachen. Uebrigens, denkt denn die Polizei nicht daran, daß sie sich selbst das schlechteste Zeugnis ausstellt, wenn sie jetzt die roten Schleifen auf einmal nicht duldet. Seit einigen Jahrzehnten sind bei vielen Hunderten von Sozialdemokraten rote Kranzschleifen in den Trauerzügen zu sehen gewesen, und niemals ist so verfahren worden, wie beim Genossen Cohn. Wenn in einem entlegenen Dorfe Schleifens ein Sozialdemokrat stirbt und ein Kranz mit roter Schleife dem Zeichenbegängnis vorangebracht wird, dann mag das wohl manchen Spießer aufregen. Doch in Breslau, wo sich in vielen Tagen selbst die verbissensten Feinde der Sozialdemokratie an dem Anblick von roten Schleifen gewöhnen mußten, kann eine sozialdemokratische Beerdigung nichts „Ungewöhnliches“ sein. Noch in jüngster Zeit sind mehrere Genossen zur letzten Ruhe gebettet worden, bei denen wie immer die roten Schleifen nicht fehlten. Jetzt plötzlich werden sie beschlagnahmt.

Es wird Herrn von Dppen schwer fallen, die Anordnungen seines Vertreters, des Herrn Frost, zu rechtfertigen, denn die Lauscher vieler Jahre sprechen doch eine zu deutliche, widerlegende Sprache. Der Vereinsvorstand wird sich selbstverständlich mit dem Bescheide des Herrn Präsidenten nicht zufrieden geben; auch gegen das Redeverbot in der Leichenhalle, das Gen. Löbe traf, ist bereits beim Minister eine Beschwerde eingereicht worden.

### Die Krankenversicherung

#### der Hausgewerbetreibenden.

Wie die Sächsischen erfahren hat, haben die Verhandlungen über die Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung ihren Abschluß erreicht. Nach der Reichsversicherungsordnung soll der Bundesrat die Vorschriften über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden erlassen. Hierbei ist eine ganze Reihe von Fragen zu regeln, die einer gründlichen Vorbereitung bedürfen. Um diese Vorbereitungen durchzuführen, hat die Kommission in der Zeit vom 30. Juni bis 18. Juli die hauptsächlichsten Gebiete unserer Hausindustrie bereist. Die Erhebungen haben sich erstreckt vor allem auf die Zigarren-, Seiden-, Spitzen-, Lederwaren-, Spiel- und Korbmachen-, Nahrungsmittel-Industrie und auf die Konfektion, soweit sie für die Krankenversicherung in Frage kommen. Besondere Schwierigkeiten bei der hausgewerblichen Krankenversicherung bietet die Berechnung der Höhe und Pensionshöhe, wo zahlreiche verschiedene Materialien je in kleineren Umfang verwendet werden, und die Berechnung des Auftragsverhältnisses, wo sich der Hausgewerbetreibende zur Herstellung des Fabrikats der Hilfeleistung anderer selbständiger Hausgewerbetreibender bedient.

### Der Ueberzug des Blumentages

In Breslau am 19. Mai hat, wie seiner Zeit gemeldet wurde, über 150.000 Mark betragen. Alle Beschlagnahmungen sind durch den Reichsgericht und die Arbeiter-

Schaft, was aussetzt anerkannt worden ist. Der geschäftsführende Ausschuss des Blumentages schrieb Anfang Juni: „Die Blume der Warmherzigkeit wird nun zum Segen werden für alle die armen Kleinen, für die der Blumentag veranstaltet worden ist“. In allen Kreisen wurde dann gewiß mit Recht erwartet, daß sich der Ausschuss beillen würde, etwas über die Verteilung des großen Ueberschusses in den Zeitungen bekanntzugeben. Aber er hat bis heute darüber geschwiegen, sodaß es kein Wunder ist, wenn überall die Frage aufgeworfen wird: Wie ist das Geld verteilt worden? Der katholischen „Schlesischen Volkszeitung“ schreibt einer von den vielen, die eine Aufklärung verlangen:

Sehr geehrte Redaktion! Als der Gedanke auftauchte, auch in Breslau zum Wohle der Armen einen Blumentag zu veranstalten, da fand dieser Gedanke freudigen Beifall bei der ganzen Bürgerschaft. Jung und alt, arm und reich beteiligte sich mit warmem Feuer an diesem Werke. Trotz des unglücklichen Wetters wurde ein Resultat erzielt, das auch die kühnsten Optimisten befriedigte. Recht und Billigkeit waren aber doch gewesen, nach dem wohlgelegenen Werke allen Wohlthätern Kenntnis davon zu geben, wie die vereinnahmten Summen verteilt worden sind. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in weiten Kreisen der Breslauer Bürgerschaft ein tiefes Gefühl des Mißbehagens Platz gegriffen hat, weil man eine klare Rechnungslegung nicht für nötig befunden hat. Die Breslauer Bürger, die ohne Ausnahme zum Gelingen des Werkes beigetragen haben, können mit Ja und Recht Antwort auf die Frage verlangen, wie ihre Gaben verwendet worden sind. Hoffentlich wird das in Kürze nachgeholt.

Das hoffen auch wir. Im Laufe von sechs Wochen könnte man sich wohl darüber schlüssig machen, wie der Ueberschuss des Blumentages zu verteilen ist. Wir erwarten ferner, daß er für die Ferienkolonien und ähnliche Kinderfürsorge verwendet wird.

### Ausperrung in der Konfektion?

Freitag Abend beschäftigte sich eine stark besuchte Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen-Verammlung mit den bisherigen Jugenständen der Unternehmer. Diese Jugenstände sind mehr als 1000. Aus dem Tarif sollen ein paar Zwischenstufen ausgeglichen und die Vergütung der fraglichen Stände nach der nächsthöheren Stufe erfolgen. Eine allgemeine Lohnhöhung dagegen lehnen die Unternehmer ab. Es sollen also für einzelne Stände 5 oder 10 Pfennige mehr bezahlt werden, während es im allgemeinen beim Alten bleiben soll. Das Ganze käme bestenfalls einer „Lohnhöhung“ von drei Prozent gleich, und zwar auch nur für die Herrengarderobe. Für Kindergarderobe wurde jede Lohnhöhung abgelehnt. Schließlich seien noch die Extrarbeiter erwähnt, bei denen einzelne, allerdings ebenfalls vollständig unzulängliche Jugenstände gemacht wurden.

Die Organisationsleitung ließ den beteiligten Schneidern und Näherinnen völlig freie Hand, das Gebotene anzunehmen oder abzulehnen. Sie taten das Beste, was sie unter Erachtens tun konnten, indem sie nach einer eingehenden Debatte mit weit über zwei Drittel Mehrheit die Ablehnung dieser Jugenstände beschloßen.

Damit dauert nun zunächst der Streik bei den bisherigen dreizehn Firmen fort. Da aber die Unternehmer bis auf zwei Mann organisiert sind, ist eine Aussperrung mehr als wahrscheinlich geworden. Natürlich wird der Versuch gemacht werden, zunächst nur Organisierte auszusperrten. Die Schneider werden deshalb gut um, den Unternehmern auf Fragen keine Auskunft über ihr Organisationsverhältnis zu geben. Geht es die Unternehmer nach einer Aussperrung, so wird sich diese also auch auf die Unorganisierten mit erstrecken müssen.

Der Stand der Bewegung ist für die Schneider und die Näherinnen durchaus günstig. Zwar läßt ihre Organisation noch gar viel zu wünschen übrig, doch sind es, wie überall, die besten Arbeitkräfte, die zuerst den Weg zur Organisation gebahnt haben. Sie auch nur zeitweilig durch anderwertige Kräfte ersetzen zu wollen, heißt für die Unternehmer die ganze Kundenschaft aufs Spiel setzen, da die Anforderungen an die Verarbeitung immer größere geworden sind, und unter den Unternehmern selbst ein heftiger Konkurrenzkampf tobt. Selbstverständlich läßt sich ferner auch kein Anzug fertigen, wenn die Kochschneider fehlen. Die zum größten Teile noch unorganisierten Hosen- und Bekleidungsarbeiter sollen also für den Ausgang des Kampfes nur wenig ins Gewicht. Die Organisationsleitung hat auch von einer Aussperrung, die sich nur auf ihre Mitglieder erstreckt, nichts zu befürchten, denn damit stehen die Unternehmer nur wieder die Kräfte von sich ab, die sie am nötigsten brauchen. Eine Aussperrung dürfte also wahrscheinlich alle Konfektionsarbeiter treffen, denn was nützt es den Unternehmern, wenn sich einzelne fertige Artikel hergeholt in den Lagern türmen, ohne daß sich die eingegangenen Bestellungen erledigen ließen. Die Unorganisierten würden mithin für die Unternehmer kaum mehr als das fünfte Rad am Wagen bedeuten, sodaß eine Gesamtaussperrung des Wahrscheinliche wird.

In einem freilich werden sich die Unternehmer wie die Unorganisierten ähneln. Vom Tage der Aussperrung an werden neue Mitglieder in der Organisation nicht mehr aufgenommen. Lange genug haben die Konfektionsarbeiter Zeit gehabt, sich zu organisieren. Der auf dem Platz liegt, wird nicht kommen können, und die Höhe in Anspruch zu nehmen, was der in Friedenszeiten nicht geschehen hat. Mögen sie alle nun die Unorganisierten gründlich prüfen und daraus lernen, was der Arbeiterkampf heute für die Unorganisierten bedeutet. Die Mittel der Organisationsleitung während der Zeit des Kampfes ausschließlich für die Mitglieder reserviert, und so läßt sich der Kampf schon abzusehen. Heute noch seien die Unorganisierten gewarnt; in den nächsten Tagen schon kann es für sie zu spät sein.

### Neuzeit der Bäderbojst.

Wir sind bereits mitgeteilt, hat die 5. Kammer des höchsten Landesgerichts den Einspruch gegen die einseitige Verfügung zurückgewiesen, wonach die Volkswacht die Liste der künftigen Bäderbojen im Februarzeit nicht mehr bringen darf. Das dem Streik der Bäderbojen nicht und kann nachgeholt werden.

Die Schlesische Zeitung hat über die Verhandlung vor dem Landesgericht einen sehr interessanten Bericht veröffentlicht.

Das Schachmacherblatt, das sich während des Bäderstreiks die größte Mühe gab, die faule Sache der Bädermeister zu verfechten, erwähnt fast wörtlich die Ausführungen des Innungsvertreter, Rechtsanwalt Friedrich. Aber kein einziges Wort bringt diese Zeitung über die Ausführungen des gegnerischen Anwalts. Das nennt man dann einen sachlichen Gerichtsbericht.

Herr Rechtsanwalt Friedrich schließt sich bei allen seinen Angaben an den Innungssekretär Schröder. Zunächst vertritt er dem Gericht klar zu machen, daß der Streik und Boykott schon deshalb gegen die „guten Sitten“ verstoße, weil nur ein kleiner Teil der Bädereigentümer am Verbands- und dem Streik beteiligt gewesen seien. Nur 100 bis 150 Gesellen hätten gestreikt. Es sei nun erwandt, daß dem Gericht eine eidesstattliche Versicherung eines Vorstandsmitgliedes des Bäderverbandes vorlag, wonach nicht bloß 100 bis 150, sondern über 300 Mitglieder dem Bäderverbande angehören. Wenn sich der Vertreter der Innung auf den im vorigen Jahre mit den meistertreuen Gesellen abgeschlossenen Tarif beruft, so muß hier nochmals festgestellt werden, daß dieser Tarif eine bestellte Arbeit der Bädereigentümer haben für diesen gelben Tarif gestimmt. Wäre das richtig, was das Landgericht in der Urteilsbegründung sagte, dann hätte es eine Innung jederzeit in der Hand, mit einem Duzend ergabener Gesellen der gesamten Gesellschaft einen „Lohnarif“ aufzubringen.

Den vortwärtsstrebenden Gesellen wäre es dann für immer unmöglich, einen wirklichen Lohnarif zu erkämpfen, selbst wenn sie alle organisiert sind. Es ist falsch, wenn behauptet wird, während oder nach der Streikverammlung seien die Löhne geschlossen gewesen. Wir stellen nochmals fest, daß der Bäderstreik gegen eine Stimme beschloßen wurde. Aber auch der Kollege, der gegen den Streik stimmte, hat sich sofort den Streikenden angeschlossen. Was die Gegner dem Gericht vorzutragen wagten, geht wohl am besten aus folgendem Satz des Herrn Rechtsanwalt Friedrich hervor:

Der Hauptzweck der Forderungen war, die Gesellen aus der Säuslichkeit der Meister herauszubringen, wonach sie dann mehr auf die Knie und das Gewerkschaftshaus angewiesen gewesen wären und leichter von den sozialdemokratischen Agitatoren hätten bearbeitet werden können.

Durch solche Reberien veruchte man dem Gericht klar zu machen, daß es sich bei dem Bäderkampf nicht um einen wirtschaftlichen Kampf, sondern um eine sozialdemokratische Machtprobe gehandelt habe. Von der wöchentlich 90 Minuten Arbeitzeit, von dem schlechten und ungenügenden Essen, von der herrlichen Schlaflosigkeit der Bädereigentümer erzählte Herr Rechtsanwalt Friedrich nichts. Nun, genau so wie sich die Bädereigentümer in anderen Orten mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft menschenwürdige Zustände geschaffen haben, so wird das auch in Breslau geschehen. Die Gerichte, die Polizei und die selbstherrlichen Junkherren können diesen Entwicklungsgang nicht aufhalten.

### \* Fielhauerei. Zur Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter lesen wir in der „Schles. Volkszeitung“ folgende unwirbare Weisheit:

Die im Verbands Eih Berlin Organisierten nahmen im Cafe-Restaurant zu der Lohnbewegung Stellung. Die Verammlung war der Ansicht, daß die Lohnbewegung den Arbeitnehmern aufzukommt wurde. Im Interesse der letzteren sei zu wünschen, daß es bei den bestehenden Lohnverhältnissen bleibe.

Von wem wurde den „Arbeitnehmern“ die Lohnbewegung aufzukommt und wen versteht man unter den „Arbeitnehmern“. Die Fachabteilungsschriften werden doch nicht etwa in den Konfektionsären die „Arbeitnehmer“ erblicken, was zwar sinngemäß wäre, aber dem allgemeinen Sprachgebrauch widerspricht. Andererseits aber sind es auch nur die Unternehmer, „in deren Interesse es zu wünschen“ wäre, daß es bei den bestehenden Lohnverhältnissen bleibt, während man den Arbeitern doch nur andere, bessere Lohnverhältnisse wünschen kann. Da werden sich die um Fielhauer doch noch etwas deutlicher ausdrücken müssen, um verstanden zu werden, was freilich diesen Wirtsköpfen etwas schwer fallen dürfte.

\* Ein dreister Dieb. Der Speditionsgeselle Wilhelm Furche stand vor dem Schöffengericht, weil er zur Zeit der Breslauer Festwoche einer 23jährigen Wirtshauskammerin ein Sandtäschchen mit etwa 96 Mark Inhalt gestohlen hatte. Der junge Mann folgte der Wirtshauskammerin, die an einem Nachmittage in einer offenen Droische die Klosterstraße entlang fuhr, auf seinem Fahrrad. Als die Droische auf der Klosterstraße anhielt, betrat die Furche die Gelegenheit, sich mit der Wirtshauskammerin bekannt zu machen und sie zu veranlassen, ihm in ein Lokal zu folgen. Dort ließ der Angeklagte das Mädchen eine Weile allein zurück und entfernte sich unter dem Vorgeben, sich bei seinem Prinzipal Urlaub für den Nachmittag zu erbitten. Als er zurückkehrte, machte sich beide auf den Weg, um weitere Lokale zu besuchen. Dabei gewahrte die Wirtshauskammerin, daß ihr Begleiter nicht einen Pfennig Geld bei sich hatte, sodaß sie die Festschuldner wohl oder übel selbst bezahlen mußte. Das hielt sie aber nicht ab, mit Furche noch ein Gartenlokal in Scheitnig aufzusuchen. Pöblich entschuldigte sich der junge Mann wieder für einige Augenblicke. Sein eiliges Enternen hatte aber das Mädchen nutzlos gemacht und so überzeugte sie sich bald, daß ihre Handtasche, die sie über den Arm gehängt hatte, mit 96 Mark und einigen anderen Inhalt verschwunden war. Nichts Gutes ahnend, wartete sie noch einige Zeit auf die Rückkehr des Begleiters. Als dieser aber nicht kam, meißelte das Mädchen ihren Verlust der Polizei, die den Furchen am nächsten Morgen aus dem Zell heraus verhaftete. Das bei ihm vorgefundene Portemonnaie, worin die 96 Mark fehlten, ließ an der Eiterstraße Furches keinen Zweifel aufkommen. Von dem Gelde hatte er seine zahlreichen Gläubiger besteuert. Vor dem Schöffengericht bestritt der Angeklagte seine Tat. Das Gericht verurteilte ihn aber zu drei Wochen Gefängnis.

\* Sommerfest in Cosel. Die Pöpelwitzer Genossen veranstalteten am Sonntag, den 23. Juli bei Witz in Cosel ein Sommerfest. Für genügende Unterhaltung ist aufs beste gesorgt; den Kindern und den Erwachsenen sollen ein paar vergnügliche Stunden bereitet werden. Der Eintritt ist frei. Auch die Mitglieder der umliegenden Distrikte sind eingeladen.

\* Abtun Arbeiter-Sänger! Sonntag, den 23. Juli, vormittags, in Pöpelwitz bei Knappe wird eine Probe des ersten Unterbezirks abgehalten. Einzulien sind folgende Lieder: „Liebeslust“, „Zu Straßburg“, „Das Wandern ist des Müllers Lust“, „Internationale“, „Der Wald“ und „Wer die Welt am Stab durchmessen“. Ein vollständiges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

\* Gemeindevorstellung in Krietzau. Mittwoch, den 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Schulhause außerordentlich wichtige Sitzung.

\* Deutscher Bauarbeiterverband. Freitag, den 23. Juli, wird in Breslau eine außerordentliche Statistik aufgenommen, wozu eine allgemeine Bäderkontrolle am nächsten Donnerstag notwendig ist. Es wird deshalb allen Kollegen zur Pflicht gemacht, an dieser Tage ihr Mitgliedsbuch mit auf die Baustelle zu bringen. Die auswärtig wohnenden Kollegen machen wir besonders darauf aufmerksam, diese Woche ihr Mitgliedsbuch mitzubringen.

Wegen des Bäderstreiks müssen wir unsere Kollegen darauf aufmerksam machen, daß ihnen während der Dauer des Streiks das Tragen von Nachseinen untersagt ist. Jede Zuwiderhandlung gilt als Streikbruch. Die Ortsverwaltung



### Achtung, Arbeiterjugend!

Sonntag, den 30. Juli, veranstaltet der Jugend-Ausschuss einen Ausflug nach Maffelwitz. Der gemeinsame Abmarsch ist pünktlich nachmittags 2 Uhr vom Striegnauerplatz aus. Alle jugendlichen Arbeiter, Lehrlinge und Arbeiterinnen und auch die Arbeitereltern sind hierzu freundschaftlich eingeladen. Wir bitten besonders die organisierte Arbeiterjugend, ihre jungen Mitarbeiter auf diese Veranstaltung hinzuweisen. Das Programm verspricht einen recht genussreichen Nachmittag für alle Teilnehmer. Gesänge des Jugendchors unter Leitung seines Dirigenten Herrn Vogel, wechselnd mit turnerischen Vorführungen der Arbeiterturner, die gemeinsame Kaffeetafel und Wettspiele verschiedener Art mit der darauffolgenden Preisverteilung versichern jedem, daß er auf seine Rechnung kommt. Abends um 9 Uhr ist die gemeinschaftliche Rückfahrt auf einem festlich illuminierten Dampfer. Wir bitten unsere jungen Freunde, recht eifrig für diesen Ausflug zu werben und etwaige Bekanntmachungen zu beachten.

Jugend-Ausschuss der Breslauer Arbeiterschaft.

**Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau** machen wir darauf aufmerksam, daß die General-Versammlung mit den Jahresberichten und den Neuwahlen des Vorstandes usw. Donnerstag, den 27. Juli im Gewerkschaftshaus abgehalten wird. Nur Mitglieder, die sich durchs Mitgliedsbuch ausweisen, haben Zutritt.

Der Kaufmann-Verein „Vorwärts“ hielt Freitag abend im Gewerkschaftshaus eine ordentliche General-Versammlung ab, wo zuerst einige Wahlen vorgenommen wurden. Wäcker Winger, der bisher dem Ausschuss angehörte, ist als unbefehltes Vorstandsmitglied gewählt worden und schied damit aus dem Ausschuss aus. Dann waren für einige Ausschussmitglieder, die nach dem Statut aus dem Ausschuss ausscheiden, Ersatzwahlen vorzunehmen; gewählt wurden Plunke, Niede, Theurer und Zimmerer. Nach dem Bericht des Geschäftsführers Curt hat sich der Verein auch im 4. Vierteljahr erfreulich entwickelt. In der lebhaften Debatte wurden von einem Angestellten des Vereins gegen seine Leitung verschiedene Beschwerden vorgebracht. Zur Prüfung dieser Beschwerden wählte die Versammlung eine mehrgliedrige Kommission. Die Berichte über die Verhandlung in Elbing und Leipzig vertagte man. Den letzten Punkt: Errichtung von Produktiv-Betrieben führte zu dem Beschlusse, eine Bäckerei zu pachten und eine eigene Kaffee-Rösterei einzurichten. Die Verwaltung des Vereins bekam die Vollmacht, die nötigen Verträge abzuschließen.

Der Verein der Saals und Konzertlokal-Inhaber von Breslau und Umgegend hatte seine achte Monats-Versammlung am 20. Juli in Gundersfeld bei Breslau. Aus den Verhandlungen ist folgendes hervorzuheben: Die Mißsprache beim Polizeipräsidium wegen der Wochenlochkranzchen hat keinen Erfolg gehabt. Durch das Verhalten des Landrats sei hier eine eigenartige Stimmung hervorgerufen. Mit der Genossenschaft deutschen Tonseher werde man keine Abschlüsse machen, da man auf die Forderungen der Genossenschaft nicht eingehen könne. Die Delegierten des Ostdeutschen Gastwirteverbandes werden auf dem Bundestage in Kassel die nötigen Anträge einbringen. Ueber die gemeinschaftliche Sitzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises nach weises berichtete ausführlich Kollege Neuburger. Wir haben über die Angelegenheit bereits berichtet. Wie Herr Neuburger mitteilt, steht der Dezerent in dieser Sache, Herr Stadtrat Perls, der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises sehr sympathisch gegenüber, und es dürfte hier kein großes Risiko zu erwarten sein, da vorausichtlich der Magistrat zu einem weiteren Entgegenkommen bereit sein dürfte. Die Arbeitneger würden vielleicht einen Jahresbeitrag von 4 bis 4,50 Mt. zu zahlen haben. Das sei ein sehr geringer Betrag, wenn man bedenke, daß man oftmals für die Versorgung eines einzigen Haushalters mehr zu zahlen habe. Schwierigkeiten dürften nur dadurch erwachsen, daß eine Anzahl Mitglieder überhaupt kein Personal beschäftigen. Mit diesen müsse eine Einigung erreicht werden. Herr Stadtrat Perls will eine Anzahl Städte besuchen, wo solche paritätische Arbeitsnachweise bestehen und will sich dort gründlich unterrichten. Vielfach wurde über die Beschränkung der Lohnzusatzarbeiten Klage geführt. Besonders habe Herr Kollege Wüder in Groß-Neuborn viel zu leiden, dem jedes Entgegenkommen gegen früher entzogen worden sei. Die Beschwerde an den Landrat durch Herrn Rechtsanwält Beller habe keinen Erfolg gehabt. Der Verein der Saals und Konzertlokal-Inhaber wird die Angelegenheit nunmehr der Regierung unterbreiten. Hoffentlich würde dann ein Erfolg zu erreichen sein. Es wurden bei dieser Gelegenheit noch andere Beschwerden auch wegen Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten vorgebracht. Der Briefkasten enthält die Anfrage, wie es mit der gerichtlichen Eintragung des Vereins stehe. Die Antwort lautete, daß die Sache schon zu weit gediehen sei und nur durch die Gerichtskosten etwas verschoben wäre. Die Wahl des Versammlungslokals für die nächste Sitzung wurde dem Vorstande überlassen.

Das Freikonzert im Gewerkschaftshaus vereinigt alle Sonntage Hunderte von Gewerkschaftlern und Parteigenossen mit ihren Frauen und Kindern zu Stunden der Unterhaltung und Erholung. Auch morgen nachmittags wird ein Freikonzert veranstaltet, dessen Besuch wir nur empfehlen können. Nach dem Konzert Tanzkränzchen.

Die Breslauer Universitäts feiert in den Tagen vom 1. bis 3. August ihr hundertjähriges Bestehen, und erwartet dabei Teilnehmer aus der Provinz und dem ganzen Reich. In einem Aufsatz, den unsere Leser im Internatenteil der heutigen Nummer der Volkswacht finden, eruchtet der Magistrat alle Mitglieder, besonders die Hausbesitzer, in den Tagen der Universitätsfeier die Säule auszuschnüden.

Sommertheater. (Lieblich's Etablissement.) Heute Sonntag ist das erste Gastspiel Josef Giampietros vom Berliner Metropol-Theater in der Rolle des „Polkrates“ in „Die Herren von Maxim“ von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Eger. Musikalische Leitung: Dr. Kurt Zulle. Im Garten konzertiert die Kapelle des 51. Regiments unter Leitung des königlichen Obermusikmeisters R. Sobanski. Morgen Sonntag: Zweites Gastspiel Josef Giampietros: „Die Herren von Maxim“.

Konzert. Heute abend - das 19. Südpark-Konzert des Orchestervereins, das Herr Kleinberg in Vertretung des Herrn Behr leiten wird. Auf der Lieblichshöhe Konzert der Stadt-Theater-Kapelle unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Rudolf Tiffor. Beginn 8 Uhr.

Festgarten. Einziges Sommer-Variete im prachtvollen Garten. Einen großen Erfolg hat allabendlich das neue Programm. Sonntag, Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Vormittags von 11 bis 1 Uhr Künstler-Vorstellung bei freiem Entree, bei ungenügender Witterung im Saale.

Balmgarten. Sonntag, Konzert des Wiener Damen-Orchesters mit einem reichhaltigen Programm. Die prachtvolle Dekoration des Saales ist eine Sehenswürdigkeit Breslaus. Verbindung im Pötenhof. Anfang 5 Uhr.

Vermischt wird seit dem 11. Juli das Dienstmädchen Margarete Baro, das Rosenthalerstraße 17 in Stellung war.

### An unsere Frauen!

Als am 19. März der Saal unseres Gewerkschaftshauses von Frauen überfüllt war, die alle durch die Ausführungen der Genossin Klara Weyl aufs tiefste ergriffen waren, wurde allenthalben der Wunsch geäußert, eine solche Kundgebung müsse sich bald wiederholen. Die örtliche Parteileitung ist diesem Wunsche nachgekommen und hat für

Sonntag, den 30. Juli cr.,  
Abends 5 Uhr

### eine große Frauenversammlung

im Saale des Gewerkschaftshauses angesetzt, in der  
Genossin Gertrud Hanna  
über das Thema

### „Wie sorgt unser Staat für hilflose Frauen“

sprechen und dabei die neuesten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung behandeln wird. Bei der günstig gelegenen Versammlungszeit werden sich viele Hunderte von Frauen an der Zusammenkunft betätigen können und bitten wir, schon jetzt alle Mitbewerberinnen auf die große Kundgebung hinzuweisen.

Männer sollen nur Zutritt haben, soweit der Raum es gestattet.

Der Frauen- und Mädchenchor „Froh Sinn“ wird die Versammlung mit Gesang eröffnen und schließen!

Frauen herbei! Es gilt eine mächtige Kundgebung.

Zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt wurde heute vormittag unser verantwortlicher Redakteur Genosse Rabold. Er soll sich einer Beleidigung der hiesigen Polizeibehörde schuldig gemacht haben. Unsere Leser werden von einer solchen in der „Volkswacht“ nichts gefunden haben, auch uns lag sie fern. Aber der Staatsanwalt und der Gerichtshof fanden sie, und daher die Verurteilung. Wir kommen auf den Prozeß am Montag zurück.

Zum Streik der Lackdecker ist zu berichten, daß der Laxifbruch nicht von den Gesellen, sondern von den Arbeitgebern verübt worden ist, die jede Verhandlung mit der Organisation rundweg ablehnten. Der Verband der Arbeiter hat einen Lohnvertrag nicht unterzeichnet, weshalb auch auf seiner Seite ein Tarifbruch nicht vorliegen kann. Die Lackdecker, die keine roten Karten haben, sind arbeitswillig. Die Streikleitung.

Neues Opfer einer Spiritusbombe-Explosion. Eine jungverheiratete Frau von 23 Jahren, Mutter eines Kindes, hat am Donnerstag vormittag auch die große Verletzlichkeit bezeugt, in den Spiritusbombe-Explosion nachzugehen, ohne nachzusehen, ob darin noch Feuer glimmt. Eine Explosion des Kochers und des Spiritusgefäßes war die unvermeidliche Folge. Die Frau stand bald im Flammen und ließ auch wieder, wie es die meisten so Verunglückten tun, aus ihrer Wohnung hinaus, und da diese im Hinterhof liegt, kam sie brennend auf die Straße. Ein vorübergehender Arbeiter warf sie zu Boden und löschte die Flammen. Samariter der Feuerwehr legten dann Nothverbände an und veranlaßten die Überführung der Verunglückten ins Krankenhaus Vetschem. Der Ehemann der Verunglückten, Postbote W., war während des schrecklichen Vorfalls nicht zu Hause; er wohnt Dirschstraße 49. Die Frau hat, wie im Krankenhaus festgestellt wurde, Brandwunden am Rücken, Gesicht und Unterleib erlitten; eine unmittelbare Lebensgefahr scheint aber nicht vorhanden zu sein.

Junge gesucht! Auf der Chaussee von Neumarkt nach Breslau wurde am 17. Juli ein Arbeiter von einem anderen Arbeiter mit dem Messer in den Rücken gestochen. Der Gestochene konnte mit Hilfe eines anderen dritten Arbeiters den Messerstoß festnehmen und nach Neumarkt schaffen. Dieser dritte Arbeiter ist davongegangen, ohne daß seine Verion festgestellt werden konnte. Er wird hierdurch eruchtet, sich unverzüglich im Polizeipräsidium, Zimmer 54, zu melden.

Vermischt wurde seit dem 18. Juli der Kaufmann Oswald Neukirch, Gräbchenstraße 19/21. Wie jetzt gemeldet wird, ist heute früh seine Leiche aus der Oder bei Lura's gelandet worden. Er, der in den 50er Jahren steht und verheiratet ist, soll durch wirtschaftliche Sorgen in den Tod getrieben worden sein. Er hat sich eine Kugel durch den Kopf geschossen und sich zugleich in den Strom geworfen.

Fahrad Diebstahl. Am 15. Juli wurde aus dem Grundstück Margaretenstraße 13 ein Rad „Phänomen“ Nr. 164065 gestohlen, am 16. Juli von der Müllerinsel ein Rad ohne Marke Nr. 158071, am 17. Juli aus dem Grundstück Schmeidnitzerstr. 19 „Naumann“ Nr. 539860, an demselben Tage aus dem Grundstück Friedrich Karlstraße 3 „Grafhof“ und am 18. Juli aus dem Grundstück Lajchenstraße 20 „Vreth“.

Wahnschloß Diebstahl. Auf dem Hauptbahnhof ist einer Dame eine große grüne Handtasche mit gelben Metallbügeln, zwei Lederhandschuhen und Seitenstücken gestohlen worden. In der Tasche befanden sich ein blaues und ein braunes Portemonnaie mit zusammen 55,75 Mark, ferner ein silberner Fingerhut, ein goldener Klemmer und verschiedene andere Kleinigkeiten.

### Neueste Nachrichten.

#### Die Königl.-Preussischen Lotteriezinnnehmer als Politiker.

Strasburg i. G., 22. Juli. Wie verlautet, forderte die Regierung der kaiserlichen Landtagskandidaten Feauty in Forbach auf, aus dem Nationalistenbunde auszutreten, widrigenfalls ihm die Stellung eines Zinnnehmers der Königl.-Preussischen Klassenlotterie entzogen werden müsse.

#### England und Deutschland.

London, 22. Juli. Der englische Schatzkanzler Lord George hielt gestern eine große Rede, aus der folgender Passus hervorzuheben ist: Ich bin persönlich ein aufsichtiger Verteidiger aller Mittel, die zu einer Beilegung von internationalen Streitigkeiten auf friedlichem Wege führen. Ich freue mich, die Unterhandlungen Sir Edward Grey's mit den Vereinigten Staaten zu einem glücklichen Ende kommen zu sehen; aber trotzdem muß ich sagen, daß es für die erhabenen Interessen Englands von der größten Wichtigkeit ist, daß es seine Stellung und sein Prestige inmitten der Großmächte aufrecht erhält. Ich würde große Opfer bringen, um den Frieden aufrecht zu erhalten und ich würde nicht zulassen, daß irgend etwas die guten Beziehungen internationaler Natur stört, ausgenommen die Frage der internationalen Ehre. Wenn wir in eine Lage gedrängt würden, in welcher der Friede nur durch das Opfer der erhabenen Interessen, die England erworben hat, gewahrt werden sollte, wenn also seine Lebensinteressen auf dem Spiele ständen, dann würde auch ich mit Chamberlain sagen, der Friede um diesen Preis wäre eine unannehmbar erniedrigung für eine Nation wie die unsrige.

### Deutschland und Frankreich.

Paris, 22. Juli. Der „Temps“ wirft der deutschen Diplomatie vor, Frankreichs Bereitwilligkeit zu einem glücklichen Verhandlungsergebnis durch unnötig schnelle Auftritte zu verzerren und durch übertriebene Ansprüche die Deutschland günstige französische Stimmung in das Gegenteil verwandelt zu haben. „Temps“ urteilt weiter, der deutsche Staatssekretär von Ribbentrop hätte aus Unkenntnis des französischen Charakters einen großen psychologischen Fehler begangen und habe damit nur sein eigenes Spiel verdorben. Deutschland wolle, das haben doch die Verhandlungen bis jetzt schon sehr deutlich bewiesen, dem französischen Volke eine vom deutschen Gesichtspunkte aus friedliche Kapitulation zumuten. Diese Kapitulation ist aber so demütigend für Frankreich und das französische Volk, daß sie einfach unannehmbar sei. Frankreich habe nun schließlich überhaupt kein dringendes Bedürfnis mehr, die begonnenen Unterhandlungen fortzusetzen und sich mit Deutschland noch weiter auszusprechen. Die Aussprache werde überhaupt kein Ende nehmen und verspreche schon jetzt keinen befriedigenden Ausgang. In dieser Hinsicht würde Frankreich gut tun, überhaupt auf sie zu verzichten.

### Ein neuer Zwischenfall?

Paris, 22. Juli. Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht von einem neuen Zwischenfall. Aus Elkar wird gestern dem Ministerium des Auswärtigen Amtes gemeldet, daß dort der französische Leutnant Thiriet von spanischen Soldaten aufgehalten, verhaftet und mißhandelt worden sei und zwar gerade in dem Augenblick, als er verschiedene Dejeuteure seiner Mehalia verfolge, aufhalten und zurücktransportieren wollte. Leutnant Thiriet wurde von spanischen Soldaten nach dem spanischen Posten abgeführt. Genauere Einzelheiten über diesen noch recht unauflärlaren Vorfall sind noch nicht bekannt gegeben worden.

### Der wiederkehrende Schah.

Teheran, 22. Juli. In einer von dem Schah veröffentlichten Proklamation heißt es, dieser würde aus seinem Exil das Land Persien den Fremden Mächten ausliefern, sondern würde vielmehr eine aktive Auslandspolitik treiben. Im Exil habe er erst kennen gelernt, wie ungenügend wertvoll eine Verfassung sei. Er, der Schah, werde Persien groß und unabhängig machen, die Räuber austrotten, den Steuerdruck lindern und überall im Lande wirtschaftliche Reformen einführen.

### Versammlungen und Vereine.

#### Gewerkschaftshaus.

Sonabend, den 22. Juli:  
Turner. Versammlung im Zimmer 2.  
Supertischiede. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.  
Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5.  
Schilbermaler. Versammlung im Zimmer 6.

Sonntag, den 23. Juli:  
Frei-Konzert im Garten, bei ungünstigem Wetter im Saale. Nach dem Konzert gemüthliches Tanzkränzchen.

Montag, den 24. Juli:  
Fabrikarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saale.

Vorstands-Konferenz. Abends 8 Uhr im Zimmer 2.  
Bücherei des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 25. Juli:  
Bauarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saale.  
Lithographen und Steinbrucker. Versammlung im Zimmer 1.  
Schuhmacher-Verband. Versammlung im Zimmer 3.

#### Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Distrikts- und Bezirksführer!  
Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Abrechnung, der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen und die Kontrollkarten und die unverkauften Beitragsmarken mitzubringen.

Die Bezirksführer und die Distriktsführer wurden noch besonders ersucht, die Bücher der neuergewonnenen Mitglieder immer auf dem schnellsten Wege zuzustellen und auch das Ummelden der Mitglieder aus einem Distrikt in den anderen pünktlich und gewissenhaft zu betreiben. Der Vorstand.

Volkswacht-Agitation.  
Sonntag, den 23. Juli, ab 7 1/2 Uhr morgens. findet von dem Lokal Weiraße 36 aus eine Agitation für die Volkswacht statt. Die Mitglieder der Distrikte 10 und 17 werden ganz besonders um rege Teilnahme ersucht.

Distrikt 1 (Gabis).  
Unser Ausflug ist bestimmt Sonntag, den 23. Juli nach Opperau. Abmarsch Mittag 1 Uhr vom Distriktslokal Kronprinzengasse 50. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Distrikt 8a (Oberdor).  
Wegen Lokaländerung ist der Sonntag den 23. Juli geplante Ausflug verschoben worden. Er wird voraussichtlich Mitte August unternommen werden. Näheres wird rechtzeitig mitgeteilt werden.

Distrikt 9 (Oberdor).  
Unser Familien-Ausflug ist bestimmt Sonntag den 23. Juli. Die beteiligten Genossen sammeln sich um 8 Uhr im Distriktslokal Michaelisstraße 3. Abfahrt Punkt 8 1/2 Uhr. Nachzügler können nicht berücksichtigt werden. Lieberbücher sind mitzubringen.

Distrikte 14, 15, 15a (Oblauerdor).  
Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Abrechnung, der Bezirksführer im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses. Darauf wird eine gemeinsame Sitzung der Funktionäre dieser drei Distrikte wegen eines gemeinsamen Vergnügens abgehalten.

Distrikt 15a (Oblauer Lor).  
Sonntag, den 23. Juli: Volkswacht-Agitation. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die Mitglieder der Nachbarn Distrikte, besonders der Distrikte 14 und 15 sind ebenfalls eingeladen.

Distrikte 16a und 17a (Vohrauer und Schweidnitzer Lor).  
Unser Ausflug wird Sonntag, den 23. Juli, nach Leipzig-Petersdorf veranstaltet. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr am Brausebad Leichäder. Abfahrt 10 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 5 (Oswitz).  
Sonabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Parteigenossen im „Volksgarten“. Tagesordnung: 1. Wahl des Distriktsführers, des Bezirksführers und der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Vortrag des Genossen Scholich-Breslau. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Land-Distrikt 11 und 12 (Bezirk Wettern, Sohe).  
Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr im bekannten Lokal. Wichtige Zusammenkunft. Keiner fehlt.

Land-Distrikt 16 (Stabelwitz).  
Sonabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr finden die Tagabende in folgenden Lokalen statt: Bezirk 1 bei Weich in der „Hoffnung“. Bezirk 2 bei Goh. Bezirk 3 bei Röhld in der „Hoffnung“. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 17 (Deutsch-Biffa).  
Dienstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Hoffnung“ bei Weich. Sehr wichtige Tagesordnung, weshalb alle Mitglieder zu erscheinen haben. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen, da auch Tagabende ist. Besprechung über das Gewerkschaftsleben.

Sonntag, den 23. Juli: Volkswacht-Agitation. Die Genossen treffen sich früh 7 Uhr bei Folgner, wo das Material ausgegeben wird. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.











Genosse Warratz sechs Wochen herab hat, wurden die Genossen Sellmann und Meyer zu je sechs Monaten Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verurteilt. Die Jahresrechnung bilanziert mit 43.745,88 Mark. Der Kassenbestand erhöhte sich von 10.108 Mark auf 18.373 Mark.

**Eine Gedächtnisrede an die Reichstagswahlen.** Eine Erinnerung an die Reichstagswahlen der deutschen Sozialdemokraten in Österreich am 18. und 20. Juni ist im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung eine Gedächtnisrede erschienen, die in allem ein Ausdrucksstück für die herrliche Jubelstimmung, die jeden Arbeiter über den Ausgang dieser Wahl im tiefsten Innern erfaßte, eine Jubelstimmung, die noch immer mit ungehörter Kraft nachwirkt. Die Gedächtnisrede ist bildlich und tertiell auf das vorzüglichste ausgestattet. Ein ungemein packendes Titelbild zeichnet das Fest aus. Auf dunklen Feldschollen steht ein Arbeiter, der, einige Augenblicke ruhend, über die rauchenden Fabriken hinweg der aufgehenden Sonne entgegensteht. Die symbolische Bedeutung des Bildes tritt auf das Klarste zu Tage. Den textlichen Inhalt leitet ein Aufsatz „Wahlkampf“ von Otto Bauer ein. Der Artikel schildert in gedankenvollen Worten das das Innerste aufschließende Wesen des letzten Wahlkampfes und klingt aus: „Erkennt die Masse erst ihre Kraft, ist sie vom Willen zur Macht erfüllt, dann ist sie unbesiegt. Sie wird sich die Macht zu erobern wissen; mit dem Stimmzettel, wenn es geht, mit anderen Waffen, wenn es sein muß. Eine Dittelle proletarischen Massenwillens zur Macht ist jeder Wahlkampf. Darin liegt seine revolutionäre Bedeutung.“ In einem sehr anschaulich gehaltenen Aufsatz: „Wien und Niederösterreich“ spricht Karl Kautsky über das große geschichtliche Werk, das die Arbeiterklasse vollbracht, indem sie die „Reichshauptstadt Wien und das Stammland des Staates, das Herz Österreichs der Kerikalen Reaktion entrissen“ hat. Viel Aufklärendes bringt ein Artikel von Oswald Hilferding über die Wahlen in Deutschböhmen. Eine äußerst lebendige Schilderung ist in einer Skizze „Wahltag“ gegeben. Wertvolle statistische Daten bringt Gustav Walter in seiner Zusammenfassung „Die Reichstagswahlen in Böhmen“. In einem Aufsatz „Helden des Klassenkampfes“ zeichnet Karl Germal in treffenden Worten die opfervolle Arbeit unserer Genossen. Ein „Wie die Gegner kämpfen“ beitelte Artikel von Julius Deutsch charakterisiert in eben so scharfer Weise die Programmschwäche unserer Gegner wie auch deren Schwäche im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Ungemein wertvolle Anregungen gibt Robert Danneberg in seinem Beitrag „Zu neuer Arbeit“. Einen sehr hübschen Schmuck des Festes ergeben die sehr gut ausgearbeiteten Bilder der neugewählten dreihundertzwei deutschen Sozialdemokraten.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Die Wählerliste**  
Für die Stadtverordneten-Wahlen liegt in den Städten vom 15. bis 30. Juni aus und jeder Wähler ist verpflichtet, sich daran zu beteiligen, ob er in der Liste eingetragen ist; denn wer daran nicht teilnimmt, darf am Tage der Wahl seine Stimme nicht abgeben.  
Die Genossen sind bereits überall an die Arbeit gegangen, und haben das Einsehen der Wählerliste gut vorbereitet. Aber es ist für die weiteren Wahlarbeiten erst notwendig, sich auch eine Abschrift der Wählerliste von den Magistraten der Städte geben zu lassen. Manche Städte, zum Beispiel Breslau, fertigen solche Abschriften auf Antrag allen Parteien gegen Bezahlung an; andere Städte, wie Liegnitz, Schweidnitz, lassen sogar die gesamte Wählerliste drucken und verteilen sie an alle Hausbesitzer. Aber es gibt auch Magistrate, die der Meinung sind, daß sie Abschriften der Wählerliste nicht zu geben haben. So antwortete dieser Tage der Magistrat von Goldberg dem Genossen, daß er nach dem Ministerial-Befehl vom 1. September 1902 weder befragt ist, von der Wählerliste eine Abschrift zu geben, noch solche nehmen zu lassen. Dem Einsprechenden sei nur geraten, Notizen zu machen, sofern dabei die gleichwertigen Rechte aller übrigen Berechtigten nicht beeinträchtigt werden.  
Der Magistrat von Goldberg ist im Irrtum. Er ist nach dem Gesetz und den ministeriellen Anweisungen gewiß nicht verpflichtet, Abschriften der Wählerliste den Parteien zu geben, aber er ist berechtigt dazu. Und was die Magistrate von Breslau, Liegnitz, Schweidnitz usw. ohne weiteres seit vielen Jahren tun, ganz abgesehen von den Städten der übrigen preussischen Provinzen, das sollte auch vom Magistrat in Goldberg und den übrigen Stadterwaltungen getan werden, die sich heute noch zu feinen Abschriften verhalten können.  
Unsern Genossen aber empfehlen wir noch besonders, überall, wo es nötig ist, eine Abschrift der Wählerliste von den Magistraten zu verlangen. Mit der Zeit wird und muß es uns gelingen, es überall zu erreichen.

**Chlau, 21. Juli.** Die Moral der Landjunker.  
Am 17. u. 18. d. Mts. hielten die Geharnen von Chlau und Umgebung in Anwesenheit des Kreisarztes ihre Versammlung ab. Unter anderem beschwerten sich einige Landbesitzer über die Unpünktlichkeit unter den ausländischen Arbeitern auf den Sandgruben, wo männliche Personen ein Schlafstiel teilen, jedoch die Geharnen sich schämen und, in einem solchen Räume eine Einbildung abzugeben. Eine herrliche Illustration zu dem Artikel von der „Jucht und dem Ems“, wie es in unserem lieben Vaterlande einträglich und tagtäglich geschieht wird. Das ist unsere höchsten Stunden die Moral, und noch dazu angewandt auf ihre männlichen Arbeitstiere. Die Hauptfrage ist und bleibt der dreimal gefällige Prosa, alles andere ist dem Hebel. Und die von Gott gewollte Obrigkeit? Vielleicht sieht sie doch einmal zum Nachen, denn dieses Magedel ist keine Erfindung der Reiten, sondern die Nummer 15 vom 16. Juli der „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Zeitung“ gibt Kunde von diesen — was ja schon längst bekannt — unartigen Verschlimmerungen.

**Brieg, 22. Juli.** Generalversammlung des Sabibvereins.  
Die Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von 193,76 Mark und eine Ausgabe von 106,32 Mark, jedoch ein Kassenbestand von 127,44 Mark verbleibt. In der Berichterstattung vom Jugendausschuss, die der Vorsitzende Genosse Schneider gab, wurde hervorgehoben, daß die Jugendbewegung zwar Fortschritte macht, daß aber auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Er rief die Anwesenden den Appell, mehr als bisher unter der Jugend zu werden und machte es den Parteigenossen zur Pflicht, ihre Kinder in die Jugendbewegung der Jugend zu leiten, dann wird auch der Erfolg auf diesem Gebiete nicht ausbleiben. Als Gesamtergebnis für den Jugendausschuss waren 59,30 Mark und als Ausgabe 45,80 Mark zu verzeichnen, jedoch ein Ueberschuß von 13,50 Mark verbleibt. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Karl Farchmin, 2. Vorsitzender Genosse Oswald Kieß, Kassierer Genosse Käßler, 1. Schriftführer Genosse Max Sübner, 2. Schriftführer Genosse Albert Genosse Otto Schneider. Als Revisoren wurden die Genossen Reumana, Schwilke und Runie und als

Beisitzer die Genossen Farchmin gewählt.  
Zum Punkt Stadtverordnetenwahlen ergriff Genosse Schölich-Breslau das Wort. Von der ersten Mitteilung bei der Stadtverordnetenwahl ausgehend, schilderte Redner die Fortschritte, die von der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete gemacht wurden. Von etwas über 300 Stimmen bei der ersten Mitteilung vor 2 Jahren, haben wir bei der letzten Stadtverordnetenwahl unsere Stimmzahl auf über 1000 hinaufgebracht. Redner schildert den Wahlrechtsraub vor 2 Jahren und fordert die Anwesenden auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit wir bei der nächsten Wahl als Sieger hervorgehen. Bei der nächsten Wahl heißt es den Ruf nach Vergeltung, der am Abend nach der letzten Wahl bei der Verkündung des Wahlergebnisses in unserem Vereinslokal so stürmisch erklang, in die Tat umzusetzen. Es wird sich zeigen, ob die Brieger Arbeiter auf dem Posten gewesen sind. Wir müssen schon jetzt mit der Wahlarbeit beginnen. Das können wir aber am besten tun, wenn wir die Wahlrechte in die Wählerliste eintragen. Im vorigen Jahre haben wir die Erfahrung gemacht, daß viele Arbeiter bei der Wahl ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil sie nicht in der Wählerliste eingetragen waren. Wenn mehrere Personen mit gleichem Vor- und Familiennamen und gleichem Beruf darin stehen, so muß man beantragen, daß es bekanntgegeben wird, welche Nummer die betreffende Person hat. Sodas es nicht wieder wie es im vorigen Jahre voram, daß auf des betreffenden Namen und Nummer schon gewählt worden ist, und der Wähler abgewiesen wird. Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, nicht nur für sich, sondern auch für seine Arbeits- und Hauskollegen die Liste einzutragen, damit niemand vergessen wird. Wenn wir diese Vorarbeiten richtig und intensiv betreiben, so wird auch bei der Wahl der Erfolg nicht ausbleiben. Die Stadtverordnetenwahl in Brieg ist ein Vorpiel zur nächsten Reichstagswahl. Wenn die Stadtverordnetenwahl gut ausfällt, so ist das ein gutes Omen, und wir können dann mit freudiger Hoffnung in den Reichstagswahlkampf schreiten. Der Erfolg ist die sehr gut besuchte Versammlung dem Referenten sollte, war ein Beweis, daß die Anwesenden die Worte beherzigen und ihre Schuldigkeit tun werden. Der Vorsitzende gab sodann die Namen der Genossen bekannt, die bereit sind, für andere Einsicht in die Wählerliste zu nehmen. Das sind die Genossen Karl Farchmin, Gerberstraße 2; Oswald Kieß, Fühlerstraße 18; Wilhelm Fühler, Fühlerstraße 19; Käßler, Fühlerstraße 19; Josef Kollat, Mühlentorstraße, Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Wohnung desjenigen Vorgänger 8 und Max Sübner, Georgstraße 4. Mit einem nachmaligen Appell an die anwesenden Genossen, rege für das Eintragen der Wählerliste zu arbeiten und mit einem begeisterten Ruf auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Schweidnitz, 22. Juli.** Kartellbericht.  
Die Abrechnung von der Wähler ergab einen Ueberschuß von 38,05 Mark. Sodann erhaltete der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal 1911. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 191,73 Mark, für das nächste Quartal ist ein Betrag von 199,93 Mark gebucht. Außerdem sind 350 Mark jinständig angelegt; ebenso 1100 Mark auf Konto des Kassierers. Der Bericht vom Rechts-Schreibbureau erhaltete Genosse Berka. Die Besucherzahl betrug 125, wozu 78 organisiert waren. Schriftsätze wurden 77 angefertigt und in 66 Fällen wurde mündliche Auskunft erteilt. Vom 1. bis zum 10. d. Mts. waren auswärts 17 Besucher (männlich 107, weiblich 15 Besucher). Aus der Bibliothek wurden 93 Bände entliehen. Eine Besprechung der Gewerkschaften und verarbeitenden Industrie Angelegenheiten bildeten den Schluß der Sitzung.

**Goldberg, 22. Juli.** In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gab zunächst Genosse Köhler einen ausführlichen Bericht über das vergangene Halbjahr. Bedauerlich ist, daß die Parteipresse hier am Orte noch nicht genügend gewürdigt wird. Viele Genossen unterlassen hier noch das Leseflehen. Das darf nicht sein; darum hinaus mit dieser Art Presse aus den Arbeiterwohnungen, und dafür die Parteipresse hinein. Zur Wahlrechtsklärung wurden die Genossen Köhler und Käßler sowie Genossin Hennig delegiert. Die Vorstandswahl wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann folgte noch eine eingehende Debatte über die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen. Die Genossen werden dringend aufgefordert, die Wählerliste ja einzutragen, welche während der Dienststunden, auch während der Wählstunden, im diesigen Registraturzimmer eingesehen werden können. Sollten Genossen keine Zeit haben, so mögen sie sich bei den Genossen Köhler, Fühlerstraße oder Käßler, Kießstraße, melden, daß diese für sie die Listen einsehen können. Keiner veräume diese Pflicht, damit wir bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen ein gutes Resultat verzeichnen und unsere Vertreter in das Stadtparlament entsenden können, was dringend notwendig ist. Also, auf zu frischen Taten!

**Liegnitz, 21. Juli.** In der letzten Sitzung vor den Ferien leisteten unsere Stadtmänner noch ein erkleckliches Arbeitspensum, wobei allerdings ein erheblicher Teil Verpachtungen und Rechnungssachen betraf. — Aus der städtischen Sparkasse wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 45.000 Mark, das mit 3% Prozent zu verzinsen und 2% beim 1% Prozent zu amortisieren ist, genehmigt. Von diesem Darlehen sollen 30.000 Mark zum Bau des Lehrer-Seminars und 15.000 Mark zur Deckung der Mehrkosten für die Schlafstube-Abbauarbeiten (Schlafstube und Heizungsarbeiten) Verwendung finden. — Der Hauswart befragt einen mit dem Theaterdirektor Krause abzusprechenden Betrag wegen Unterhaltung eines künstlerisch-leistungsfähigen Theaterorchesters, unter Bewilligung einer jährlichen städtischen Subvention von 12.000 Mark. Herr Krause übernimmt dafür die Verpflichtung für das ganze Jahr ein künstlerisches Orchester zu unterhalten, das in der Theaterperiode mindestens 32 Mann stark sein muß. Die freie Verfügung über das Orchester steht ausschließlich Herrn Krause zu, dem überlassen bleibt das Orchester auch außerhalb des Theaters bei Konzerten, Musikaufführungen zu beschäftigen. Auf Verlangen des Magistrats ist er auch zu regelmäßigen Sonntag- und Nachmittagskonzerten im Schloßhaus verpflichtet. Hoffentlich macht der Magistrat davon auch ausgiebigen Gebrauch, um dem Konsumverwahrlosten der Militär- und eines Einheits zu gebieten. Bei dieser Bildung einer Art Stadtmusiker will uns nur eine Bekämpfung recht wenig gefallen. Man hat wohl die Wählerliste für die ersten und zweiten Quartale mit 125 bzw. 115 Mark pro Monat festgelegt, geht aber Herr Krause das Recht zu, diese Gehälter im Sommer um 10 bis 20 Mark zu kürzen! Diese Bestimmungen werden jedenfalls sehr wenig logisches Verständnis, denn abgesehen davon, daß Herr Krause im Sommer sowieso das Orchester abzugeben kann, ist doch die Lebenshaltung der Musiker im Sommer nicht etwa billiger als im Winter und an Arbeit wird es ihnen auch in dieser Zeit nicht fehlen. Hoffentlich erfüllen sich die an dieses Abkündigen Orchester gestellten Erwartungen, denn dies in letzter Linie gehört, daß es den Veranlassungen aller Kollegen ohne Unterlass ihrer Parteipresse zur Verfügung steht! — Für Konsumverwahrlosten in der Militär- und Konsumverwahrlosten wurden 900 Mark bewilligt. — Eine neue Abrechnung — befragt durch den Rat einer Zentrale — für die Wählerliste wurde an der Rittersstraße beantragt 10.100 Mark. — Für Anlegung eines Reinkontokontos an Stelle des jetzigen Reinkontokontos von der Rittersstraße wurde die Wählerliste, 2000 Mark, Schloßstraße 15 zur Disposition wurden 30.000 Mark für Umbauarbeiten im Stadttheater 4000 Mark und für Anlegung des städtischen Sparkassen 3500 Mark bewilligt. — Eine geheime Sitzung schloß sich an.

**Liegnitz, 21. Juli.** Nationale Jugendfürsorge.  
Die Jugend vor dem verderblichen sozialdemokratischen Einfluß zu beschützen und die Erziehung in „nationaler“ Sinne zu fördern, dieses Bestreben regt uns die konterkaranten Blüten

und Auswüchse. Der wie anderwärts so auch in Liegnitz an ministerielle Anregung hier ins Leben gerufene „nationale“ Jugend-Ausschuß denkt nunmehr in sein „Programm“ als etwas ganz besonders dringend, „Notwendiges“ die sogenannten „Säuglinge- und Kriegsspiele“ aufzunehmen und hat sich zu diesem Zweck bereits mit der Militärbehörde in Verbindung gesetzt. Das letztere geschieht jedenfalls, damit die ganze „Geschichte“ auch sach- und sachgemäß zur Ausführung komme! — Wirklich, besser kann der Wert der nationalen Jugendauskünfte nicht illustriert werden, als durch das Bestreben, schon in frühester Kindheit die Jugend mit diesen „kulturellen Erziehungsmitteln“ zu vergiften!

**Schmieberg, 22. Juli.** Wahlvereinsversammlung.  
Am Dienstag fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Nachdem Genosse Richter noch einige Punkte über den Kornblumentag gegeben, hielt Gen. Laubjahn einen lehrreichen Vortrag über Italien, das er durch mehrjährigen Aufenthalt genügend kennen gelernt hat. Abschließend gab Genosse Richter den Kassenbericht, der genau geprüft und für richtig befunden wurde. Nur ist es lebhaft zu bedauern, daß die Versammlungsbefucher fast immer ein und dieselben sind und diejenigen, die sich so sehr ihrer Parteijugendigkeit rühmen, fast nie etwas zur Unterstützung unserer Sache tun.

**Schmieberg, 22. Juli.** Gewerkschaftsfest.  
Zum ersten Male war es am vorigen Sonntag der Arbeiter-Verein von Schmieberg und Umgegend gelungen, ein Gewerkschaftsfest mit einem öffentlichen Umzuge zu veranstalten. Es ist alles in bester Ordnung verlaufen, obwohl über 1000 Personen daran teilgenommen haben. Auch die Polizei, die sich diesmal anerkanntermaßen gänzlich passiv verhielt, fand keinen Anlaß zu irgendwelchen Einschreiten. Um Fehler zu vermeiden, werden künftige Feste noch besser organisiert werden und wird auf einen größeren Platz Rücksicht genommen werden müssen.

**Faer, 22. Juli.** Wahlverein.  
In der letzten Mitgliederversammlung gab zunächst der Vertrauensmann die Abrechnung vom vorigen Quartal. Die Einnahme betrug 267,75 Mark, wovon sich 57,50 Mark alter Kassenbestand beizubringen. Ausgaben waren 110,05 Mark und 157,80 Mark an die Hauptkasse in Landeshut gefandt. Als erfreuliches Zeichen gilt die Einführung eines erhöhten Beitrages. Die Wählerlisten liegen vom 15. bis 30. Juli aus und müssen von allen Genossen unbedingt eingesehen werden. Die Listen sollen ferner zum Zwecke der Stadtverordnetenwahl abgeschrieben werden.

**Freiburg, 22. Juli.** Partei- und Gewerkschaftsgenossen.  
Der Gasthof zum „Kronprinz“ in Rungenbros ist für die organisierten Arbeiter gesperrt. Beachtet dies bei etwaigen Ausflügen.

### Aus Oberschlesien.

**Kattowitz, 22. Juli.** Gegen die ober-schlesischen Fuchshändler.  
Auf dem soeben in Kassel abgehaltenen 19. Bundestage Deutscher Gastwirte wurde unter anderem beschlossen, den Fuchshändlern in Oberschlesien scharfer auf die Finger zu sehen.

**Wentzen OS., 22. Juli.** Entgleisung.  
Zwischen dem Paulinenschachte und der Normahütte entgleiste ein Schmalpurbahnzug. Die Maschine und zwei auf sie folgende Wagen stürzten um; acht weitere Wagen entgleisten. Der Feuerwehrgänger Bujara, der Dillsbremser Drzel und der Dillsbremser Suche erlitten Verletzungen und wurden ins Bogutschüger Krankenhaus gebracht. Die Ursache der Entgleisung konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

**Kreuzburg, 22. Juli.** Mutterliebe.  
In der Kunstmühle in Schloß Ellauth bei Kreuzburg brach ein verheerender Brand aus. Gegenüber der Mühle befindet sich auf einem ziemlich hohen Baune ein Storchneß. Als die Feuerarbeiten immer höher schlugen und die Hitze in der Umgebung der Brandstätte stetig zunahm, hielten es Herr und Frau Storch für ihre Pflicht, ihre beiden Kinder in Sicherheit zu bringen, und flogen sie, je eines derselben im Schnabel, in der Richtung nach Rungenbros ab.

**Kandrin, 22. Juli.** Eingeriebener Gauner.  
In große Verlegenheit geriet unlängst eine Frau, die nach Ratibor fuhr. Auf der Fahrt hatte sie einem Mitreisenden, einem jungen Manne so gut gefallen, daß dieser ihr beim Scheiden einen Hundertmarkschein in die Hand drückte, jedoch mit der Bitte, ihr fünf Mark zurückzugeben, da er weiteres Geld nicht bei sich hatte. Die Frau gab ihm die verlangte Summe von ihrem eigenen Gelde. Als sie nun in Ratibor mit dem so leicht erworkenen Gelde Einkäufe machen wollte, stellte es sich heraus, daß dieses eine sogenannte „Blüte“ war.

### Briefkasten

- Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
- W., Deis.** Sie brauchen nur einen Ersatzmieter anzugeben.
- Gutsdorf, 1. und 2.** Die Frau ist berechtigt, die drei Pflegekinder zu halten.
- E., Posenstraße.** 1. Ja, der Hauswirt darf die Wohnung aushängen, ehe er Ihnen gekündigt hat. 2. Sie dürfen auch kündigen, aber nicht sofort räumen.
- Alter Ahnent.** Es ist eine Gesellschaft soviel wert wie die andere. Wenden Sie sich an Genossen Bahn in Breslau I, Ritterplatz 5.
- O. F.** Ja, diese Fälle sind nicht selten, aber das Bürger-tum ist selbst schuld.
- C. G.** Wie Sie sehen, haben wir Ihren Wunsch gern erfüllt. Die anderen Aufträge werden auch erledigt.
- A. S.** Außer von Ihnen haben wir auch von anderer Seite Artikel über den Schönbrunn Tunnel erhalten, ob Sch. dabei war, können wir im Augenblick nicht sagen.
- G. R. 100.** Ein Phonograph darf am Tage bei offenem Fenster spielen.
- Kiesengebirge.** Das Malen der Stube müssen Sie als Tüchtler selbst bezahnen, dagegen muß Sie der Verpächter wegen des neu angekauften Möbels entschädigen. (§ 589 des Bürgerlichen Gesetzbuch.)
- R. 100, Wolkstein.** Am besten ist es, Sie melden die Sache beim Magistrat, denn sonst wird der Betrag zu hoch, den Sie später zu zahlen haben. Teilzahlungen können Ihnen bewilligt werden; Sie müssen darum ersuchen.
- E. S. 6.** Die notwendigsten Kleidungs- und Wäschestücke muß Ihnen der Wirt herausgeben. Vielleicht können Sie einen Teil der Schuld abzahlen und sich mit dem Manne einigen, denn der Klageweg ist sehr umständlich.
- R., Wäskewaldersdorf.** Das Mädchen soll sich an die Vermittlungsstelle für Hausangestellte in Breslau I, Eisenram, wenden.
- Schmieberg.** Sie beschwerten sich, daß Ihre Berichte mandant nicht sofort aufgenommen werden, dabei schiden Sie uns heut Berichte über das Gewerkschaftsfest am vorigen Sonntag, 3) über die Wahlvereinsversammlung am Dienstag und über ein anderes Vorkommnis vom Mittwoch. Warum berichten Sie nicht rascher?
- W. Sandberg.** Das Willard gehört Ihnen. In dem Prozesse müssen Sie beantragen, daß der Verkäufer des Willards als Zeuge vernommen wird. Der Prozeß muß nach unserer Ansicht zu Ihren Gunsten enden.

**Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!**











6. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Der Verbandstag trat am Dienstag, den 4. Juli, in Halle a. S. zusammen. Es nahmen 19 Delegierte, die Obmanne des Ausschusses und der Pressekommission und der erste und zweite Verbandsvorsitzende teil.

Stadtvorordneter Emmer hieß alle Erschienenen in einer herzlichen Begrüßungsrede willkommen; Verbandsvorsitzender Bittin ließ in einer längeren Rede die Ereignisse des Jahres Revue passieren. Er hob unter lebhafter Zustimmung der Versammelten hervor, daß die Reichsfinanzreform dem Gastwirtsstande noch weit größere Opfer auferlegt hat, als die Birne früher vorausgesehen haben.

Besonderen Wert legte Bittin auf eine öffentliche Stellungnahme. Am letzten Verhandlungstage des Dresdener Gewerkschafts-Kongresses erhob der Vertreter der Tabakarbeiter, Max Niesel-Verlin, den schweren Vorwurf, daß sozialdemokratische Gastwirte sich angesichts der schweren Lage der Tabakarbeiter nicht genieren, in einem ausgedienten Organ der Schankwirtsch., der „Süddeutschen Tabakzeitung“, nach Tabakfabrikanten zu inserieren.

Diese Behauptung wies Bittin im Namen des Vorstandes und des Verbandes in schärfster Weise zurück. Er erklärte, daß ein einzelnes Mitglied in einem einzigen Falle im Februar 1910 ein Inserat an jene Zeitung gegeben hat; niemals aber hat eine Einlaufvereinigung oder eine Zahlstelle des Verbandes in diesem oder einem anderen Unternehmernorgan inseriert.

Der Verband hat vielmehr auf seiner Generalversammlung im Köln ausdrücklich beschloffen, nur bei Unternehmern einzulassen, die vor allem die tariflichen Löhne und existenziellen Arbeitsbedingungen gewähren. Bittin ersucht erneut die Delegierten, in allen Zahlstellen dahin zu wirken, daß die Gastwirte durch ihren Einkauf mit dazu beitragen, den Forderungen der Arbeiter bei den Unternehmern Geltung zu verschaffen.

Am Mittwoch-Morgen wurde in die Verhandlungen eingetreten. Der Geschäftsführer Gienke-Verlin erstattete den

Rassenbericht.

Die Bilanz der Hauptkasse weist eine Einnahme von 126.546,33 M. auf, eine Ausgabe von 107.592,70 M. Das am Anfang des Geschäftsjahres vorhandene Vermögen betrug 56.919,07 M.; hierzu die im verfloffenen Jahre erzielte Einnahme von 13.953,63 M., ergibt ein Gesamtvermögen in der Hauptkasse von 75.872,70 M. In den Zahlstellen befinden sich 17.894 M. Gienke meinte jedoch, daß diese Summe sich bestimmt auf 20.000 M. erhöhen würde, wenn alles richtig angegeben würde. Die Hauptkasse leistete an Sterbehilfeleistungen für Männer 10.025 M., für Frauen 6050 M. Diese Summen verteilen sich auf 68 Kollegen und 32 Frauen in 11 Zahlstellen. In Ertragsunterstützungen leistete die Hauptkasse 4115 M., an Rechtschutz 9306,87 M., für Agitation wandte sie 4008,79 M. auf, für die ausgesperrten Bauarbeiter 1000 M.

Aus der gedruckten Berechnung des Geschäftsjahres geht hervor, daß der Verband am 31. März dieses Jahres in 111 Zahlstellen vertreten war, außerdem beläuft er Einzelzahler. Auf dem vorjährigen Verbandstage in Linden betrug die Mitgliederzahl 5094; im verfloffenen Geschäftsjahre wurden 1276 neu aufgenommen, durch den Tod verloren gingen 68, der Mitgliederbestand am 31. März 1911 betrug 5415. Die Situation im verfloffenen Jahre betrug also 887, die Mitgliederzunahme 321.

Der allgemeine

Bericht des Verbandsvorsitzenden

Bittin handelte zum größten Teile über die verschiedenartigen Differenzen der einzelnen Zahlstellen, teils mit Behörden, teils mit Parteigenossen u. a., in denen der Vorstand eingreifen mußte. Fast alle diese Fälle haben nur für die Verbandsmittelglieder besondere Bedeutung, für die breite Öffentlichkeit sind sie von minderm Interesse. In einer ganzen Reihe weiterer Fälle hat der Vorstand einschreiten müssen, wo es sich darum handelte, kommunale Belastungen für die Mitglieder abzuwehren, wie sie ihnen die verschiedenen Stadtverwaltungen in Gestalt von Luftbalkensteuern aufzuhallen versuchten. In einer Reihe von Städten ist es gelungen, den Versuch der Stadtverwaltungen abzuwehren; in anderen Orten müssen die Kollegen neben den Lasten der Reichsfinanzreform diese neuen Lasten noch tragen.

Einen breiten Raum in den

Debatten über den Vorstandsbericht

nahm die Erörterung von Beschwerden und verschiedenen inneren Angelegenheiten ein, die besonders einzelne Mitglieder der Zahlstelle Berlin betrafen. Für die Öffentlichkeit von Interesse sind die Ausführungen, die v. d. Heyden-Köln über die herbeiziehenden Wirkungen der Reichsfinanzreform auf das Gastwirtsstande machte. In Köln sind seit Einführung der Finanzreform schon 50 Häuser mit Wirtschaftsbetrieb sukzessive geschlossen, und eine vielleicht noch größere Zahl von Wirten, welche zur Miete wohnen, geben wegen des Rückganges der Prosperität ihr Geschäft auf.

Die Debatte wurde durch Schlußantrag beendet, nachdem 24 Disziplinarbeschwerden zu Wort gekommen. Darauf hielt Giermann-Nürnberg ein sehr instruktives Referat über das

Einlaufs- und Produktionsgenossenschaftswesen im Verbands-

Es ist dies eine der wichtigsten Fragen im Verband, bei der es sich darum handelt, auf dem Wege der genossenschaftlichen Bekämpfung sich gegenseitig Erleichterungen zu verschaffen.

Die positiven Vorschläge, die der Redner zur Förderung der ganzen Angelegenheit machte, sind in den folgenden von ihm eingebrachten Resolutionen niedergelegt:

„Es ist eine ständige fünfjährige Kommission zu wählen, die alle Quartale einen gedrängten Situationsbericht im Verbandsorgan und alljährlich auf dem Verbandstag einen Jahresbericht zu geben hat über die Entwicklung und Förderung des gemeinsamen Warenbezuges und genossenschaftlichen Einkaufs.“

Ferner soll die Zentralkommission eines Warenkaufes von der Kommission vorbereitet und dem nächsten Verbandstag praktische Vorschläge gemacht werden.

Die Kommission ist auf dem Verbandstag selbst zu wählen und hat ihren Obmann selbst zu ernennen. Die Einkaufskommissionen aller Zahlstellen sind verpflichtet, alles verfügbare Zahlen- und Einzelverkaufsmaterial dem Obmann zuzuführen zur agitatorischen und organisatorischen Verwendung.“

Der Verbandstag empfiehlt den Mitgliedern aller Zahlstellen möglichst Anschluß an die bestehenden Konsumvereine und Genossenschaftsbauvereine und energische Ausdehnung der bestehenden Einkaufsgenossenschaften.“

Ferner wurde noch folgende Resolution angenommen: Der 6. ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands beauftragt den Hauptvorstand, oder die zu gründende Kommission, Erhebungen anzustellen, ob in unseren Zahlstellen Kollegen vorhanden sind,

welche sich mit Zeichnung von 10 Mark als Beitragsmittel zur Gründung einer Einkaufsgenossenschaft, welche in der Mitte des Deutschen Reiches liegen muß, einverleihen erklären.“

Als Mitglieder der Kommission zur Förderung der gemeinsamen Warenkaufs wurden Müller-Weipzig, Erdmann-Wald-Samburg, v. d. Heyden-Köln, Brandt-Frankfurt a. M., Matthes-Berlin gewählt.

Flieger-Strasbourg referierte sodann über den paritätischen Arbeitsnachweis

paritätischen Arbeitsnachweis

und fand folgende Resolution Annahme: Der 6. Verbandstag in Halle erklärt es als eine zwingende Notwendigkeit, daß für das Gast- und Schankwirtsstande städtische paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden. Um diese Lebensfähig zu machen, müssen die Ausschüsse, aus städtischen Mitteln so bemessen sein, daß die zur Zahlung der Pflichten nicht über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden.“

Den Bericht der Statutenberatungskommission

gibt Matthes-Berlin. Er betont, daß auch diesmal der § 2 des Statuts (politische Organisation der Mitglieder bei der Sozialdemokratie) eine Rolle spielte. Die Kommission empfahl nun mit 5 gegen 3 Stimmen, die Bestimmung, daß nur Mitglieder werden kann, wer auch politisch in der sozialdemokratischen Partei organisiert ist, zu streichen. Die namentliche Abstimmung über diesen wichtigen Punkt ergab, daß derselbe in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, daß also nach wie vor nur Mitglieder werden kann, wer sich in der sozialdemokratischen Partei organisiert.

Wichtiges wurde, eine Revision des § 2 für den nächsten Verbandstag vorzubereiten. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß gab der größere Teil der süddeutschen Delegierten die Erklärung ab, daß sie den in Süddeutschland sich bemerkbar machenden Veränderungen zur Gründung einer Sonderorganisation nach Kräften entgegenzutreten werden.

Ferner wurde beschlossen, daß Mitglieder, die kein Geschäft betreiben, auf ihren Antrag der Beitrag auf eine Mark ermäßigt werden kann. Die sonstigen Beschlüsse beziehen sich auf die Reorganisation der Kontroll- und Pressekommission; ferner wurde der zwischen dem Verband und der Mannheimer Versicherungsgesellschaft abgeschlossene Versicherungsvertrag ratifiziert. Ebenfalls wurde der Annoncenerwerbvertrag im Organ „Freier Gastwirt“ genehmigt. Auf Antrag der Leipziger Delegierten wurde beschlossen, für die Frauen eine monatliche Beilage herauszugeben. Ferner wurde bestimmt, daß der Posten des Redaktionsrats von dem des ersten Vorsitzenden getrennt werden soll, das heißt Redakteur und Vorsitzender darf nicht ein und dieselbe Person sein.

Die Anträge auf Einführung einer Krankenkasse und einer Pensionskasse im Verbandsverband wurde dem Vorstand überwiesen. Der nächstjährige Verbandstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

Dann wurde beschlossen, den ersten Vorsitzenden mit einem Grundgehalt von 3000 Mark fest anzustellen. Als erster Vorsitzender wurde Bittin einstimmig gewählt. Der Sitz des Ausschusses wurde in Hamburg belassen. Das abgedruckte Statut tritt mit dem 1. Oktober in Kraft.

Zum Punkte:

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Wirte“ erhob der Verbandstag in einer scharf begründeten Erklärung Protest gegen die die Gastwirte so ungeheuer schädigende Reichsfinanzreform. Bei der nächsten Reichstagswahl soll auf allen Kräften auch unter den bürgerlichen Werten agitiert werden, daß sie ihre Stimme einem Sozialdemokraten geben, da nur die sozialdemokratische Partei die Interessen des Wirtsstandes gewahrt hat.

Ein weiterer Protest richtet sich gegen die von einer ganzen Anzahl von Städten versuchte und zum Teil beschlossene Einführung von Luftbalkensteuern, kommunaler Viehsteuern usw. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der Vorsitzende schloß demselben mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die Sozialdemokratie.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Baumgarten bei Ohlau, 22. Juli. Gemeindevertreter-Sitzung. In der letzten Sitzung stand als erster Punkt: Gründung einer Fortbildungsschule auf der Tagesordnung. Erschienen waren die Gewerkschaften beider Geschlechter, die sehr warm für diesen Punkt eintraten, natürlich mit der Bedingung, daß auch der Religion unterstellt eingeführt wird, da es doch für einen Menschen von welttragender Bedeutung für sein ferneres Leben sei, wenn die Religion auch hier weiter gepflegt wird, zumal ein Kind, das die Schule acht Jahre besucht hat, dasjenige am ersten verfährt, was ihm am meisten nützt. Der Punkt wurde fallen gelassen, weil die Verhandlung aufgeschoben wurde, daß die 36 bis 40 jungen Leute Organe veranlassen könnten, wenn sie losgelassen würden, und daß sie, soweit sie in Diensten ständen, unterem Ort den Mädchen fehlen würden, wenn man einen derartigen Zwang auf sie ausüben würde. Genosse Schmidt wandte sich scharf gegen den Religionsunterricht. Ferner stand die am 29. April mit allen Stimmen beschlossene und vom Kreisrat bereits genehmigte Pflasterung der Dorfstraße nochmals auf der Tagesordnung.

Das Projekt wurde ab acta gelegt, weil der Kreis seine bereits zugesagte Beihilfe von 25.000 Mark nur unter der Bedingung hergeben will, wenn sich die Gemeinde verpflichtet, den Zedlerweg, soweit er auf Baumgartener Gemarkung liegt, zu kaufen. Selbstverständlich kann die Gemeinde diese Last nicht auf sich nehmen. Es ist bedauerlich, daß von der Pflasterung abgesehen werden muß, zumal sich schon ein jeder freut, daß dieser überaus große Schmutz endlich einmal beseitigt werden sollte.

Andere kleine Orte, die zwei Meilen von der Stadt entfernt liegen, bekommen Pflaster, und Baumgarten, das hart an der Grenze von Ohlau liegt, und annähernd 5000 Mark Kreisabgaben zahlt, das kann ja warten. Von der Anstellung eines besoldeten Feldwärters wurde Abstand genommen und dafür vier Ehren-Feldwärters gewählt. Ein weiterer Punkt war die Regelung der Hand- und Gespanddienste. Der Herr Gemeindevorsteher ging von dem Standpunkte aus, daß, wenn die Pflasterung nicht zustande kommt, uns der Kreis mehr drücken würde in betreff der Instandhaltung der Wege. Er beantragte, daß von nun an die Einkleger nicht mehr einen halben Tag wöchentlich öffentlich, sondern von nun an einen ganzen Tag Gemeindearbeit zu leisten hätten. Wer die Arbeit nicht leisten will, kann sich durch Zahlung von 2 Mark jährlich abfinden lassen. Wer nicht erscheint, zahlt von jetzt an 2 Mark Strafe. Dies den Genossen zur gefälligen Beachtung. Einige Genossen waren als Zuhörer erschienen und diskutierten leise mit ihrem Vertreter über die zur Beratung stehende Angelegenheit, was den übrigen Vertretern ein Dorn im Auge war. Einer der Herren stellte den Antrag, daß in Zukunft nicht mehr Zuhörer bei Gemeindevertretern sitzen dürfen. Der Herr hatte in seinem Eifer ganz übersehen, daß in ihren Reihen auch Zuhörer saßen. Der Vorsitzende galt natürlich nur unseren Genossen.

Schweidnitz, 22. Juli. Erlin Geld statt Lohn. Vor dem hiesigen Gewerbegericht klagt die Kellnerin Anna Roske aus Breslau gegen den Restaurateur Fritz Stäner von hier auf Lohn- und Kostenschuldung im Betrage von 60 Mark. Wie so viele ihres Berufes war sie dem Restanten

ohne Bezahlung engagiert, leblich kost und Logis waren ihr zugesichert. Die Kellnerin war daher auf die Freigebigkeit der Gasse angewiesen und ihre Einkünfte mühen wohl nicht allzu hohe gewesen sein. Am 8. Mai verließ die Kellnerin ihre Stellung, weil sie von der Restaurateurin bedrängt worden war. Als das Fräulein an diesem Tage die Küche betrat, äußerte die Frau des Restanten, angeblich in scherzhafter Weise zur Kellnerin: „Sie sehen ja heute aus, als wenn Sie die ganze Nacht pouffiert hätten.“ Kellnerin beanpruchte 40 Mark für rückständigen Lohn und 20 Mark Lohn- und Kostenschuldung für eine Woche. Sie habe ihre Arbeitsverhältnisse sofort gelöst, weil die Neuerung der Restaurateurin eine schwere Kränkung enthalte. Auf einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden erbot sich der Restant an die Kellnerin 15 Mark zu zahlen, was jedoch von der letzteren abgelehnt wurde. Das Gewerbegericht wies die Kellnerin mit ihren Ansprüchen ab mit folgender Begründung: „Die Neuerung der Frau des Restanten sei keine große Pöbelstüßung im Sinne der Gewerbeordnung, folglich dürfte sie ihre Stellung nicht ohne vorherige Zustimmung verlassen; auch die Anspruch auf rückständigen Lohn sei verfehlt, da sie mit den Engagementsbedingungen einverstanden gewesen sei.“

Die Kellnerin, 21. Juli. Das Vereins- und Par. sammlungsrecht auf dem Lande. Trotz aller Entscheidungen von Regierungspräsidenten, Oberverwaltungs-Richtern und Ministern versuchen die schleppischen Amtsvorsteher immer wieder, jede Versammlungsmöglichkeit der Arbeiter zu unterbinden. Fast bei jeder Versammlung, die wir auf dem Lande abhalten, gibt es dabei erst einen Kampf mit den Amtsvorstehern, die dabei stets die Unterstützung der Landräte finden. Ein Amtsvorsteher verbietet die Versammlung, weil der Gendarm Kreuzer hat, ein anderer, weil die Bevölkerung zur Hälfte katholisch ist, und wir auf dem Parteitag Massentheil, Zirkelhaft und Revolution gepredigt haben. Einer verbietet die Versammlung, weil angeblich die Dorfbevölkerung uns feindselig gesinnt sei. Hier gilt eben das Wort: In Preußen machen wir es so.

Nächsten Sonntag sollte in dem idyllisch gelegenen Kleimbarg eine Versammlung stattfinden. Genosse Pohner beantragte die Genehmigung. Der Bescheid, den er erhielt, lautete wie folgt:

Der Amtsvorsteher. Kleimbarg, den 17. 7. An Herrn Pohner, Kleimbarg, zurück mit dem Bemerkung, daß der Hausbesitzer Niesdorf in Kleimbarg keine Versammlung seit zur Begründung seines Grundstückes hiermit zurückzieht, weil der Platz für die beabsichtigte Versammlung nicht geeignet ist. v. Hartmann.

Besondere Kenntnis des Reichsvertrages scheint ja der Herr Amtsvorsteher nicht zu haben, sonst müßte er wissen, daß es ihn aber auch rein gar nichts angeht, ob der Besizer bereit war, sein Grundstück herzugeben. Niesdorf hatte uns mit aller Bestimmtheit sein Grundstück, das fast einen Morgen Gartenland hat, zur Verfügung gestellt. Neugierig sind wir nun, woher der Amtsvorsteher die Kenntnis hat, daß der Besizer seine Bereitwilligkeit zurückzieht? Hat ihn etwa der Herr Amtsvorsteher vor sein Vorhaben geladen? Wir werden die Sache näher untersuchen. Selbstverständlich wird gegen den Entscheld der Beschwerdebeweg beschritten werden.

Kleimbarg, 22. Juli. Der Kleimbarger Magistrat und die Kleimbarger Steinwerke. Schon einige Male haben wir uns an dieser Stelle mit den Magistern des Kleimbarger Magistrats gegen die Kleimbarger Steinwerke beschäftigt, wobei dieser auch versuchte, durch Notizen in den hiesigen Blättern den Glauben zu erwecken, er hätte nichts gegen die Beschäftigung der Steinwerke am Orte einzuwenden, soweit die Arbeitgeber dies für angebracht finden. Auf Grund von Aussprüchen von Arbeitgebern und eines städtischen Bauwärters, die oftmals gegen Steinwerke gebraucht wurden, können wir dem Magistrat aber das Gegenteil beweisen. Seit einigen Jahren werden auf Anordnung des Herrn Stadtbaupflektors alle Versuche im Straßenbau gemacht, bei denen die „Verfuchstaltenchen“ stets die Arbeitgeber, deren es alle Jahre andere waren, und die Kleimbarger Steinwerke sind. Bei diesen Versuchen stellen naturgemäß auch einige nicht gut aus und somit kam der Magistrat auf den Gedanken: „die Kleimbarger Steinwerke füttern nicht pflaster.“ Die Arbeitgeber, die die Verfüchstaltenchen herzustellen helfen, verschwinden immer wieder und schoben das Mischgelingen der Arbeit auch auf die Steinwerke, wodurch dann die Behörde in ihrer Annahme um ein Bedeutendes nach rechts gewandt wurde. In diesem Jahre waren seit Anfang der Arbeit einige leistungsfähige Firmen beauftragt, dem Magistrat mit Kleimbarger Steinwerken eine gute, einwandfreie Arbeit zu liefern, was bis jetzt auch „zur Zufriedenheit“ des Magistrats geschieden ist. Weder aber dauerte diese „Zufriedenheit“ nicht lange, wovon nachfolgendes Vorwissenzeug:

Der Steinbruchbesitzer Schall in Streßen, der Lieferant der Pflastersteine usw. für Kleimbarg, machte bei der Stadtbehörde geltend, daß bei dem Material noch besseres Pflaster hergestellt werden kann, und erbot sich, solches durch eine Breslauer Firma (zirka 600 Quadratmeter) herstellen zu lassen. Die Kosten der Ausführung trägt teils die Stadt, teils Herr Schall. Die Firma Schall hat der Breslauer Firma nun aufgegeben, die Arbeiten nur von Breslauer Steinwerkern herstellen zu lassen und keine Kleimbarger zu beschäftigen, was zur Folge hatte, daß der städtische Bauwärtler sich zu der Neuerung äußerte: „Wir werden dort den Kleimbarger Steinwerke etwas vormachen!“ Wenn wir nun gegen die Ausführung des „Musterpflasters“ durch Breslauer Steinwerke im allgemeinen nichts einzuwenden gehabt hätten, so können wir doch nicht unterlassen, der Bürgerchaft von Kleimbarg die Mitteilung zu machen, daß die Breslauer Firma in Breslau selbst nicht in dem Maße sehr gut, als einwandfreie Arbeit geliefert zu haben, denn im vergangenen Jahre mußte einige Male dem Breslauer Magistrat Kenntnis von der unsoliden Arbeit dieser Firma gegeben werden, worauf der Magistrat auf einigen Baustellen Veränderungen vornehmen ließ. Da in Kleimbarg bei Ausführung des „Musterpflasters“ Verträge mit Pflaster, so kann doch unmöglich eine gute, einwandfreie Arbeit geliefert werden; oder glaubt der Herr städtische Bauwärtler in Kleimbarg, die Breslauer Lieferanten pflastern besser als die Gesellen in Kleimbarg?

Vor einiger Zeit hat sich eine Kleimbarger Pflasterdeputation von den Stadtverordneten die Straßen von Bries und Bunsau angesehen und hat diese für sehr gut befunden. Darauf bemerkten wir, daß die Arbeiten in den genannten Städten von Kleimbarger Steinwerkern mit ausgeführt worden sind und daß hierbei niemand zu der Neuerung gekommen ist, die Kleimbarger Steinwerke können nicht pflastern. Da der Magistrat in Kleimbarg bis jetzt mit den Firmen und Steinwerkern in diesem Jahre zufrieden war, so möchten wir ihn ermahnen, in Zukunft die Arbeiten von den Firmen am Orte herstellen zu lassen, denn dann ist der Allgemeinheit der Bürger mehr geboten, als wenn das alte System, alle Jahre andere Firmen, wieder eingeführt wird. Die Versuche können dann eingestellt werden und die Steinwerke werden demüht sein, nur gute, einwandfreie Arbeit zu liefern.

Kleimbarg, 20. Juli. Die Jugend und der Rafernendriil. In den Wetzler der hiesigen Wetzler Lehrer und Selbstschüler, sich der Jugend anzunehmen, an der sie es sehr pöblich emdear haben, daß ihr eine Erziehung im Feindesvertrauen Ernie so sehr nützt, tritt nun auch die hiesige Aufsichtsbörde mit der ihr angebotenen Fische ein. Und zwar will sie ein ganzes Bataillon Junglinge mit der Aufsichtsbörde schmücken, ihnen Setzmaechter, Tornister usw. zur Verfügung



Man, wenn diese Jugendwehr" sich bereit erklärt, sich abends von 7-8 Uhr von Unteroffizieren in Gegenwart von Leutnants und so weiter auf dem Kasernenhof nach preussischem Muster drillen zu lassen. Die Helme müssen mit je fünf Mark bezahlt werden. Die anderen Ausrüstungsgegenstände sind gratis. Welche eine Perspektive für wahre Soldatenfreunde öffnet sich durch diese äußerst liebenswürdige Entgegenkommen unserer Garnisonverwaltung. Es fehlt nur noch, daß die Jugend auch an der Kommissärsgenossenschaft und die Kasernenarbeit gewöhnt wird, damit der einzelne, wenn er demnächst das unerbittliche Glück genießen sollte, preussischer Rekrut zu werden, an die Umgangs- und Kasernenformen bereits gewöhnt ist. Unsere Jugend schmärmt heute so gar nicht so sehr für das Soldatenleben, und besonders die Arbeiterkinder sind wirklich froh, nach harter Fron, zu der sie schon gleich nach der Schulausschaltung verurteilt werden, die wenigen freien Stunden für sich zu haben. Wir sind wirklich gespannt, ob es zu einem ganzen Bataillon langen wird.

**Glogau, 21. Juli.** Der Metallarbeiterverband ein politischer Verein. Der Vorsitzende der Zahlstelle Spröttau-Mallnig des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Wilhelm Poppel, soll das Vereinsgesetz dadurch übertritten haben, daß er Personen unter 18 Jahren Aufnahme gewährte. Vom Schöffengericht in Spröttau freigesprochen, letzte der Staatsanwalt Verurteilung ein und die Strafkammer in Glogau erkannte auf zehn Mark Geldstrafe. Aus dem Inhalt der „Metallarbeiterzeitung“ wurde der Schluss gezogen, daß der Verband sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigt und deshalb als ein politischer Verein zu betrachten sei. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet werden.

**Glogau, 21. Juli.** „Cafe Metropol“ soll vom 1. Oktober unser bisheriges Vereinslokal heißen, aus dem wir nach halbjährigem Verweilen, notgedrungen ausziehen müssen. Durch Umbau wird das Lokal vergrößert werden, so daß im 1. Stock ein Billardraum und im Parkterreer sogar eine Konzertbühne untergebracht wird. Glogau hat nun bereits zwei Kinos, denen in ganz kurzer Zeit noch ein drittes folgen wird, an Cafe-Restaurants haben wir absolut keinen Mangel, nun ziehen in die Räume, wo so lange die Noten ertönt, unsere Zwiebelbürger ein. Platanenalleen, Freudenmädchen, Offiziere, Beamter, Kaufmannswengel und lustige Vackische werden auch hier ein Bildnis hineinbringen, das an das der anderen Caves erinnert. Mit der Zeit wird dann auch das neue Unternehmen leer bleiben, denn Arbeiter findet man nicht darin. Leiter des „Metropol“-Unternehmens wird der jetzige Geschäftsführer vom Kaiser-Automaten werden, der ja auch die Seele des Ganzen sein soll. Merkt Euch das, Arbeiter von Glogau.

**Striegau, 21. Juli.** Aus der Partei. Am Sonntag hielt der Wahlverein in der „Pierquelle“ seine Verammlung ab, in welcher der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartale vorlegte. Einmütiglich eines Kassierbestandes von 201,79 Mk. betrug die Einnahme 1805,33 Mk., Ausgabe 803,91 Mk., darunter 648,55 Mk. an die Kreisliste. Somit bleibt ein Bestand von 1001,39 Mk. Die Verammlung beschloß sich hierauf mit der Kreis-Generalsammlung und wählte hierzu neun Delegierte. Unter Vorsitzendem entspann sich eine längere Debatte über einen Bericht in der Volkswacht betreffend die Barbier. Der Bericht ist von einem auswärtigen Genossen geschrieben und enthält einige Ungenauigkeiten, die von vielen falsch ausgelegt worden sind. Die Barbier, deren Gebühren noch nicht im Verlande sind, sollen nicht beschlagnahmt werden, sondern man soll versuchen, diese Gebühren zu zahlen, die ihren Gebühren in dieser Hinsicht Schwierigkeiten machen oder ihnen verbieten, dem Verlande beizutreten. Gerügt wurde auch, daß die Gemeindevorsteher von Gräben, von denen keiner in der Verammlung war, seit einem Jahr noch keinen Bericht über ihre Tätigkeit gegeben haben.

**Striegau, 20. Juli.** Gewerkschaftsartikel. Die Abrechnung vom 2. Quartal weist eine Einnahme von 616,64 Mk., eine Ausgabe von 217,42 Mk. auf. Der Ueberschuß vom Gewerkschaftsfest beträgt 15,78 Mk. Beschlossen wurde, eine öffentliche Verammlung abzuhalten, in der Bericht vom Gewerkschaftsfest erörtert werden soll. Zum Referenten wurde Genosse Müller von hier bestimmt. Der Lichtbildvortrag, den das Kartell veranstaltete, war schlecht besucht und hat ein Defizit ergeben. Es wurde bemängelt, daß den Veranstaltungen des Kartells und der Bildungsausschüsse von der hiesigen Arbeiterkassier noch nicht das nötige Interesse entgegengebracht wird. Dabei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich dies in Zukunft bessern möge. Eine Anregung, die Diskussionsabende wieder abzuhalten, wurde gütigst. Tag und Zeit wird noch bekanntgegeben.

**Sirchberg, 21. Juli.** Wahlverein. Am Dienstag ab im „Goldenen Kreuz“ eine gutbesuchte Mitgliederverammlung hat. Das Andenken des verstorbenen Genossen Fubus wurde in üblicher Weise geehrt. Zum ersten Male hat dabei hier am Grabe eines verstorbenen Genossen eine Grabrede gehalten werden können. Es wurde beschlossen, daß bei Todesfällen, die Einladung zur Beerdigung durch die Hauskassierer zu erfolgen hat. Bei außergewöhnlichen Fällen soll die Todesanzeige in der „Volkswacht“ unterbleiben, und dafür eine Unterzeichnung an die Hinterbliebenen gestellt werden. Auch soll, wenn von den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes kein Eintrag erfolgt, ein Antrag mit voller Schluß gewidmet werden. Genosse Richter gab hierauf den Jahresbericht des Kreisverbandes. Daraus ist zu entnehmen, daß 785 Wahlvereinsmitglieder im Kreise vorhanden sind. Die Zunahme im Berichtsjahre beträgt also 321 Mitglieder. Dieser der Parteipresse waren 1933, das sind 355 mehr als im Vorjahre. Der Bericht ergab, daß auch in anderer Beziehung erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind. Noch aber bleibt viel zu tun übrig, um die große Masse der Arbeiterkassier des Kreises für unsere Ideen zu gewinnen. Dem Kreisverband wurde für seine Tätigkeit Anerkennung ausgesprochen. Der Zahlstellenleiter Schönan hat sich um rege Beteiligung, damit auch dieser Teil unseres Schicksals aufgeführt wird. Genosse Schönan erwiderte dann noch das Zeugnisqualifikations des Kreisverbandes mehr zu berücksichtigen, und sich bei Einhalten darauf zu beziehen. In der nächsten Mitgliederverammlung wird Genosse Sirchberg einen Vortrag über die Geschichte der Sozialdemokratie halten.

**Sobranjeitzdorf, 20. Juli.** In der Monatsversammlung des Wahlvereins wurde, da Genosse Hübner eine Wiederwahl ablehnte, Genosse Hillert als Delegierter gewählt. Als Kassierer wurde Genosse Wische, und als Schriftführer Genosse Kirchner wiedergewählt. Die Einnahme im zweiten Quartal betrug 157,70 Mark, die Ausgabe 147,16 Mark. Daraus bleibt ein Bestand von 10,54 Mark. Auf die Sammelkassen zum Wahlfonds gingen 35,00 Mark ein. Genosse Prohl, Landeshut, verlies sodann in einem Vortrage auf die große Arbeit der künftigen Reichstagswahlen und ersuchte besonders die anwesenden Frauen, daß, wenn sie auch nicht wählen dürfen, sie doch wählen zu helfen.

### Aus Oberschlesien.

#### Leute, macht die Bude zu!

Der Oberschlesische Arbeiterverband ein von den Industriemagnaten zur Verbannung der Arbeiter angehaltenes Mittel, bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel unter der Überschrift: „Die öffentlichen Laiken der Industrie“, der so recht zeigt, für wie dumm man die Arbeiter hält und was man ihnen zu bieten magt. Eine Aufzählung des Berg- und Hüttenwesens Betriebs Dr. Holz soll festgestellt haben, daß die privaten Bergwerksbetriebe im Jahre 1922 an öffentlichen Laiken 6.542.200 Mk. in Anspruch nahen. Bis 1920 sollen diese Laiken um 33,3 Prozent

auf 27.874.106 Mk. angewachsen sein. Im einzelnen sollen die Laiken folgendermaßen gestiegen sein:

Reichs- u. Landessteuer 1894/856 Mk.	1909 3.690.410 Mk.	erhöht um 94 Proz.
Gemeinde-, Kreis-, Provinzsteuer	823.962 „	3.575.225 „ 743
Arbeiterversicherung	2.987.877 „	14.514.474 „ 358

Dann kommt noch eine lange Titanel mit „freiwilligen“ Aufwendungen, wo man gar mehr als 400 Prozent freiwillig gezahlt haben will. Diese schönen Zahlen werden mit einem Ausdruckszeichen versehen, damit der nichtsahnende Leser alle Zahlen ordentlich bewundert. Demgegenüber wird dann behauptet, daß die Vermehrung der Arbeiterkassier nur 153,5 Prozent beträgt und die Kassenförderung gar nur 145,2 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie irreführend das ganze Geschreibsel ist. Jedes Kind weiß es, daß die Förderung in den letzten 15 bis 20 Jahren sich pro Kopf des Arbeiters verdoppelt hat; hier aber soll sie gar herabgegangen sein. Wenn dann aber gar noch behauptet wird, daß die „Laiken“ der Gesamtindustrie Oberschlesiens pro Jahr 50 Millionen Mark betragen und diese Summe auch nur an Ertragssteuern ausbezahlt werde, was 2 1/2 Prozent Zinsen des Anlagekapitals ausmache, dann muß man vor jeder einer Beweiszuführung die Segel streichen.

Die guten Leute scheinen nichts davon gehört zu haben, daß alle oberhalb des Meeres, nach reichlichen Abschreibungen, so daß bei einigen der Buchwert des ganzen Wertes nur wenige Mark beträgt, nach ungläublich hohen Lantien an die Herren „Fischstädte“ usw. Ertragssteuern bis 20 Prozent zahlen. Nur ganz wenige Betriebe, die soziale Neuanlagen, Umbauten usw. haben, oder einfach unverständlich wirtschaften wie die Vereinigte Königs- und Laurabütte zahlen weniger als 10 Prozent. Aber nur 2 1/2 Prozent zahlen nicht mal die Werte, die ihren Aktien durch Erhöhung des Aktienkapitals um das Doppelte bereicherten, und zwar ohne jeden weiteren Kapitalzuschuß, lediglich um die hohen Ertragssteuern zu lassen. Auch diese gehen noch alle über 6 Prozent hinaus.

Der Schluss des Artikels jammert daran, daß die Laiken untragbar sind, und daß die Steuern, die die Eier legt, draufgehen wird. Na, die Löhne haben mit den Ertragssteuern nicht mehr als die Hälfte. Wenn es dann noch immer nicht geht, dann mögen die Herrschaften die Bude zumachen, niemand wird ihnen eine Träne nachweinen, und es wäre doch wirklich schade, das schöne Geld nur mit 2 1/2 Prozent verzinst zu bekommen. Oberhalb des Meeres, meinst du noch nicht?

**Natibor, 22. Juli.** Sozialdemokratischer Verein. Im Gewerkschaftslokal tagte am Donnerstag die diesjährige Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Verammlungsleiter dem verstorbenen Genossen Cohn-Breslau einen warmen Nachruf. In Stelle des abgereisten Vorsitzenden erhaltene Genosse D. Göring den Jahresbericht, der zeigte, daß es eine Menge Arbeit gegeben, die von Erfolg gekrönt worden ist. Der Kassierbericht, als bester Ordnungsführer der Bewegung, zeigte gegen das Vorjahr eine Verdoppelung der Einnahmen. Dem Vorstand und besonders dem Kassierer Genossen J. J. wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor Schmüdiger A. J. J. als Vorsitzender, Geschäftsführer R. Kämmler als Kassierer und Vorsitzender P. Kampa als Schriftführer. Zum Bezirks-Parteitag wurden keine Anträge gestellt. Als Delegierte wurden der Wahlkreisleiter Genosse Rössler und Genosse Kupka gewählt. Ueber den diesjährigen deutschen Parteitag referierte Genosse D. Göring, der einstimmig zum Delegierten gewählt wurde. Eine längere Debatte entspann sich auch über das Verhalten einiger Mitglieder, die trotz Verammlungsbeschlusses gesperrte Lokale besuchen. Genosse Kupka fand mit seiner Erklärung „Donnerstag ist Streiktag“ lebhaften Beifall, womit die Handlungsweise treffend charakterisiert wurde. Nach dem Bibliothek, Kolportage, Pressefonds und sonstige Vereinsangelegenheiten erledigt, würdigte der Verammlungsleiter die Verdienste des bisherigen Vorsitzenden Genossen Eiermann, und des scheidenden Genossen Schnabel und schloß nach einer feierlichen Schlusswort mit einem Hoch auf die Partei die gut besuchte Verammlung.

**Gleiwitz, 22. Juli.** Sozialdemokratischer Verein. Die am Dienstag im Gewerkschaftslokal abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Aus dem Geschäfts- und Kassierbericht ging hervor, daß im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht worden sind. Das einzige Vorstandsmitglied, Genosse G. G. wurde nach erteilter Entlastung einstimmig wiedergewählt. Nach längerer Debatte über den Bezirks-Parteitag, worin die Ungenauigkeiten aller Genossen mit der gewerkschaftlichen Agitations-Kommission zum Ausdruck kam, klärte Genosse Göring die Sachlage dahin auf, daß die politische Bezirksleitung und die gewerkschaftliche A. K. von einander getrennte Instanzen sind, deren Arbeitsgebiet sich fast gar nicht berührt. In keinem Falle aber sei die Bezirksleitung für die Handlungen der A. K. verantwortlich, da sie dieser nichts zu sagen habe. Da Anträge zum Bezirksparteitag nicht gestellt wurden, konnte zur Wahl von zwei Delegierten geschritten werden. Ueber den deutschen Parteitag referierte sodann Genosse D. Göring, der hierauf einstimmig zum Delegierten gewählt wurde. Eine sehr lebhaft Debatte entspann sich über die Kolportage, mit der einige Genossen unzufrieden sind. Gen. Göring erklärte, daß die Bezirksleitung an eine Änderung nicht denke, falls diese aber durch das Verhalten des jetzigen Kolporteurs notwendig werde, dann wird die Kolportage in Zukunft durch Frauen besorgt. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Verammlung.

## Arbeiterbewegung.

### Zur angebrohten Aussperrung in der Metallindustrie in Thüringen.

Die Mitglieder des Verbandes der Thüringer Metallindustriellen haben für den 29. Juli eine Aussperrung von 60 Prozent der bei ihnen beschäftigten Arbeiter beschlossen. Mit der Aussperrungsandrohung soll bezweckt werden, einige in Thüringen lebende Streiks zur Beendigung zu bringen. Die eigentlichen Absichten der Unternehmer gibt aber das folgende Zitat, das von Arbeitern der Firma Driegles, Gansen u. Co. in Gotha, deren Spezialität seit langem das „Drehwerk“ für ihre Arbeiter ist, geäußert wurde. Wir lesen da:

„Unter Streik auf die Beendigung des Verbandes Thüringer Metallindustrieller, welche wir keine zum Ausschlag gebracht haben, teilen wir unserer Arbeiterkassier mit, daß auch wir dem gegen unsere Stimme gestellten Beschluß zustimmen werden, am 29. d. Mts. 60 Prozent unserer gesamten Belegschaft zu entlassen, wenn nicht, was zu hoffen steht, bis dahin eine Einigung in den kurzen befristeten Thüringer Betrieben der Metallindustriellen herbeigeführt wird.“

Bei der Länge der Zeit ist es uns nicht möglich, heute schon diejenigen Arbeiter zu bestimmen, welche von der Aussperrung betroffen werden, und müssen wir deshalb formal hierdurch allen unsere Arbeiter zum 29. d. Mts. kündigen. Wir behalten uns vor, bis zu diesem Tage diejenigen 40 Prozent unserer Arbeiterkassier zu bestimmen, welche wir weiter beschäftigen dürfen.“

Um diejenigen Arbeiter, welche keiner Organisation angehören, und welche wir doch vielleicht mit einschließen müßten, entschließen zu können, müssen wir von diesen eine schriftliche Erklärung verlangen, für welche wir einen Verband als Ausgänger bezeichnen. Wir bitten diejenigen unserer Arbeiter, welche lieber in dem letzten Satz unserer Arbeiterkassier eine Organisation

angehört haben resp. angehören, die bei Streiks und Aussperrungen Unterstützung irden welcher Art gewähren, diesen anhängenden Rebers zu unterschreiben und bis zum 18. d. Mts. im Lohnbureau abzuliefern. Wir weisen darauf hin, daß die Abgabe der geforderten Erklärung im Interesse eines jeden nichtorganisierten Arbeiters liegt, da ohne unterschriebene Anerkennung des Rebers eine Entschädigung seines Falls bezahlt werden kann.

Sollte die jetzt angekündigte Aussperrung wider unser Erwarten doch in Kraft treten, so würde die hierdurch geschaffene Arbeitsunterbrechung bei Berechnung der Dienstzeit unberücksichtigt bleiben, wenn die betreffenden Arbeiter sofort nach Aufhebung der Sperrung wieder in unsere Dienste zurückkehren. Dieser Beschluß soll den Aussperrten bezüglich Eintritt der Pensionsberechtigung vor Schaden bewahren und soll ferner dazu dienen, die Fehler der Dienstbüchlein nicht hinauszuschieben.“

Der vorgelegte Rebers aber, der den Arbeitern zu unterschreiben zugemutet wird, lautet:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder in den letzten Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehört habe oder angehöre, welche bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irden welcher Art gewährt, und daß ich, sobald ich einer solchen, während ich hier beschäftigt bin, beitrete, dies sofort melden werde.“

Ich verpflichte mich unter Bezugnahme auf diese Erklärung, für den Fall, daß mich meine Arbeitgeberin infolge einer Aussperrung nicht weiter beschäftigen kann, und unter der Voraussetzung, daß sie mir während der Dauer der Aussperrung und bis zu längstens 13 Wochen zwei Drittel eines bisherigen Stundenlohnes zahlt, mich meiner Arbeitgeberin auf die Zeit der normalen Arbeitsdauer zur Verfügung zu halten. Ich verpflichte mich ferner, keinerlei Unterstützungen an ausgesperrte oder streikende Arbeiter oder deren Vereinigungen zu leisten, meiner Arbeitgeberin sofort Mitteilung zu machen, wenn ich eine andere Beschäftigung annehme, und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Ich erkläre mich auch bereit, im Falle einer Aussperrung andere Arbeit als solche, für die ich angenommen bin, zu übernehmen als Fabrikbetriebsarbeiten, auch Arbeiten, welche für Rechnung Dritter auszuführen sind, unter der Bedingung zu leisten, daß mir dafür mein bisheriger DurchschnittsStundenlohn weiterbezahlt wird, für welchen Fall ich auf die obige Entschädigung von zwei Drittel meines Stundenlohnes verzichte.

Es ist mir bekannt, daß ich mich eines Betruges schuldig machen würde, wenn ich verschweige, daß ich einer der oben gekennzeichneten Organisationen angehöre.“

Warum sucht der Zentralverband Deutscher Industrieller nach Terrorisimusmaterial bei den Arbeitern? Kann denn noch stärker in die persönliche Freiheit des Arbeiters eingegriffen werden?!

Die französische Studienkommission wird in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um ebenso wie die Belgier die organisatorischen Einrichtungen der deutschen Arbeiterorganisationen kennen zu lernen. Wie die bürgerliche Presse telegraphisch zu berichten weiß, werden einigen Mitgliefern der Kommission Schwierigkeiten bereitet. So wird auch Paris berichtet:

Auf Befehl aus dem Marineministerium eröffnete am Donnerstag der Londoner Arlenal-Vorsteher dem Arlenal-Arbeiter Lamarque, der als erster der Vertreter der Arlenal- und Hafenarbeiter-Gewerkschaft von London nach Berlin gehen soll, daß ihm der zu diesem Zwecke nachgeforderte Urlaub verweigert wird. Lamarque erwiderte, er werde der Gewerkschaft, die ihn gewählt habe, von dieser Eröffnung seiner Vorgehens Mitteilung machen und die Entscheidung ihr anheimstellen.“

Der Besuch unserer französischen Brüder kann dadurch nicht in Frage gestellt werden — wie die deutsche bürgerliche Presse hofft — höchstens könnte von den 35 angemeldeten Genossen der eine oder der andere verhindert werden.

Ein Syndikatsführer als Polizeispitzel. Die „Pataill Syndicaliste“ in Paris teilt mit, daß einer der Führer der Syndikatsbewegung, ein gewisser Metivier, das Geständnis schriftlich abgelegt habe, daß er 1905 noch einer Unterredung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau in den Dienst der Polizei getreten ist, mit der Verpflichtung, regelmäßig Bericht über die Arbeiterbewegung zu erstatten, und daß er dafür monatlich 250 Franken bezogen habe.

Strassenbahnaustrausch in Straßburg i. G. Am Freitag ist der schon lange im Werden begriffene Austausch der Strassenbahnen zur Tat geworden. Nachdem die Depotarbeiter der Strassenbahn schon vor einigen Wochen die Arbeit niedergelegt hatten, wurde Freitag auf der Strassenbahn der Austausch erklärt. Straßburg und seine Vororte sind fast ohne Strassenbahnverkehr. Der Strassenbahnverkehr konnte nur sehr notdürftig aufrecht erhalten werden. Statt über vierzig sind nur vier Züge ausgefahren, die mit dem wenigen Personal, das sich zur Arbeit eingefunden hatte besetzt sind.

Der angebrohte Ausstand in der Nürnberger Metallwarenindustrie scheint zur Ausschüfung zu gelangen. Eine Verammlung der Arbeiter lehnte nämlich einstimmig die Zugeständnisse der Unternehmer als ungenügend ab. Der Ausstand erreicht dadurch als unvermeidlich. Betroffen werden etwa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen fast sämtlicher Betriebe. Ausgenommen ist nur die Metallwarenfabrik Gebrüder Bing u. Co.

Zur Aussperrung in Norwegen. Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Konow waren längere Zeit hindurch Verhandlungen geführt worden, um den großen Arbeitskonflikt zu beklämpfen. Diese Verhandlungen sind jetzt jedoch als ergebnislos endgültig abgebrochen worden, nachdem sowohl die Arbeitgeber, als auch die Arbeitnehmer einen Vorschlag zur Schlichtung der Streitigkeiten durch ein Schlichtsgericht verworfen. Durch diese Verwerfung und Ablehnung der Einigungsorschläge sind rund 36.000 Arbeiter arbeitslos. Auf diesen Beschluß, der die Aufhebung der Verhandlungen als ergebnislos abbricht, haben die Renervations- und Strassenbauarbeiter sofort eine geheime Verabredung abgeschlossen. Das Ergebnis ist nicht bekannt. Es verhält sich, daß die Renervations- und Strassenbauarbeiter den Sympathiestreik erklären werden.

**Wollen Sie etwas feines rauchen**  
dann empfehlen wir Ihnen:

**Salem Gold**  
Cigaretten.

**Etwas für Sie!**

**Salem Aleikum**  
Cigaretten das Feinste modern!

№ 3 4 5 6 8 10  
Preis 3 4 5 6 8 10 Pfg. & St.

Orient Tabak & Cigarettenfabrik Veritas  
Joh. Hugo Zietz, Dresden.









Das mit ihm die streng erregten, sagte ein anderer hinter ihm, während er Thore einen Schlag in den Rücken gab, das war Klauens Bruder.

„Sie ist Plummer's Tochter“, sagte der alte Grund und ging ihm zu Hilfe.

Thores Schritte beschleunigten sich in der Gefahr. Er war so gelaufen wie ein Pferd und schlug um sich, das es fragte. Durch allerlei kleine Bewegungen ließ er den Schlägen aus und so niemandem darauf bedacht war, letzte er sie aus. Aber so sehr er auch wehrte, er bekam trotzdem eine gehörige Tracht Prügel. Dennoch sagte er alle Hände locker, daß er mit einem so handfesten Schlag noch niemals gekannt habe. Der Kampf dauerte so lange, bis Blut floß, dann sagte Klauens:

„Nun ist's genug!“ und beim Abgehen rief er Thore zu:

„Wenn du am nächsten Sonnabend noch schlafst und keinen Sonnenblumenstrahl, dann ist die Strafe dein.“

Thore schloß die Thür nach Hause und ging zu Bett. Des Abends über die Strafe auf Klauens Thore kein Wort. Nur eine gab es, die das nicht sagte und das war Klauens. Sie hatte ihn am dem heulenden Sonnabend erwartet, aber als sie hörte, was zwischen ihm und Thore Vater vorgefallen war, setzte sie sich an einer abgelegenen Stelle nieder und weinte und sagte bei sich selbst: „Wenn ich Thore nicht tödte, habe ich keine frohe Stunde mehr in meinem Leben.“

Thore blieb am Sonntag im Bett und Montag früh er, daß er noch liegen bleiben mußte. Dienstag über geregt, das Gerücht der Menge sah so frisch aus, Heideke stufte freudigen herein, man konnte das Singeln der Augenlider auf der Stirn sehen und in der Höhe blühte er jauchend singen. . . . .

„Er sah ein Paar an dem Hofe schlafend hin auf und sagte: „Mehrmals erlebe ich nicht mehr.“

„Es wurde Sonnabend. Thore war schon seitlich in der Straße ausgegangen. Es war ein prächtiges Wetter. Die leuchtende Sonne erfüllte alles mit Licht und Leben. oben vom Berge her erlangten farbige Nebel und die Sonne des Morgens. Als der Mensch anzuwenden begann und ein kleiner Stiefelsteller sich auf die Straße bewegte, sah er vor der Thür seines Hauses. Er sah ihn auf, es war dort ganz ruhig; er sah nach dem Hofe hinüber, — sprang in das Boot und ruderte um die Landung herum.“

Der Gedanke an Thore's Tod war Klauens vor der Hand nicht zu kommen konnte, vielmehr um so mehr andere sie zu befehlen trachteten zu können.

„Doch das machte sie den Grund los und ließ sich an einer Stelle nieder, von wo sie das ganze Dorf übersehen konnte. Aber aus demselben flog adäquater ein kleiner Stiefel empor, der sie am Stiefel verhielt. Die nächste einen anderen Platz und sie ließ sich, besonnen den Handbuch, gerade an eine Stelle nieder, von wo sie die Handbuch auf den Hof hatte, nichts konnte sie ruhiger

Früher, was von dieser Höhe aus der Blick über die Trümmern, was von dieser Höhe aus der Blick über die Trümmern, was von dieser Höhe aus der Blick über die Trümmern.

„Sie ist eine kleine hübsche hübsche, dachte sie die Luft an, zu fangen. . . . .“

„Aber mag das sein?“ fragte sich Klauens, indem sie die Straße losließ und rüchwärts sprang. . . . .“

„Nur für dieses einzige Mal!“ dachte sie, „wenn ich nicht die Straße verlasse, als ob es Thore wäre, dann ist mein Leben ein Leben.“

„Es kommt bald so, daß die Welt nur noch aus Enttäuschungen und Enttäuschungen besteht. . . . .“

### Entwogene und Unentwogene.

Es kommt bald so, daß die Welt nur noch aus Enttäuschungen und Enttäuschungen besteht. Eine unentwogene Seele will nicht an einem Tag ein Leben führen, sondern sie will ein Leben führen, das sie nicht nur an einem Tag, sondern an jedem Tag führen will. . . . .“

„Das ist die Form der Entwogene, die Form der Entwogene, die Form der Entwogene.“

„Die Entwogene ist die Entwogene, die Entwogene ist die Entwogene.“

„Die Entwogene ist die Entwogene, die Entwogene ist die Entwogene.“

„Die Entwogene ist die Entwogene, die Entwogene ist die Entwogene.“

„Die Entwogene ist die Entwogene, die Entwogene ist die Entwogene.“

„Die Entwogene ist die Entwogene, die Entwogene ist die Entwogene.“

### Der junge Dichter.

Ein Brief an die von Herrn . . . . .